

Volt

**Neue Politik
für Braunschweig**

#VoteVolt

**BRAUNSCHWEIG
KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2021**

Unsere Zukunft. Made in Europe.

Vorwort

Volt Europa wurde als **paneuropäische** Partei und Bewegung in ganz Europa gegründet und ist mehr als eine nationale Partei. Weil wir eine Politik brauchen die Grenzen überwindet, brauchen wir auch Parteien die dies tun. Das Erstarken populistischer Parteien in vielen Ländern Europas lässt sich nur durch eine gemeinsame, progressive und konstruktive Politik überwinden. Deswegen ist Volt die erste Partei die in jedem nationalen Ableger hinter dem gleichen europäischen Grundsatzprogramm steht. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist nicht nur hilfreich, sondern vielmehr notwendig um Frieden, Freiheit und Menschenrechte in ganz Europa zu verteidigen. Daher treten wir für eine **Reform der EU** ein, die diese handlungsfähiger aber auch demokratischer macht. Eine solche Reform macht es uns möglich Herausforderungen wie den Klimawandel und die Digitalisierung effektiv und entschlossen gemeinsam zu meistern.

Braunschweig ist die Forschungsintensivste Region Europas. In dem Stadtbild ist dies jedoch nicht zu erkennen. Viel Potential bleibt derzeit auf der Strecke. Anstatt auf die nächste Übergangslösung zu setzen müssen wir jetzt erprobte Lösungen umsetzen. Dazu lohnt sich ein Blick in andere Länder und Städte. Sei es eine nachweisbar sinnvolle **Fahrradinfrastruktur** wie in Kopenhagen oder eine effektive **Digitale Verwaltung** wie in Estland. Diese sogenannten **Best Practices** können Vorbilder für unsere Region sein und unser Braunschweig lebenswerter und nachhaltiger machen. Es lohnt sich insbesondere bei lokalen Belangen, den Weitblick über regionale und nationale Grenzen hinaus nicht zu vernachlässigen.

Wir stehen für eine lösungsorientierte Politik in Braunschweig auf der Basis von unseren Europäischen Werten: **Freiheit, Nachhaltigkeit, Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde und Solidarität.**

Welche Ideen und Pläne ihr mit eurer Stimme unterstützen könnt, ist hier in unserem Wahlprogramm zusammengefasst.

INHALT

1

EINE BÜRGER*INNENNAHE POLITIK

6

- 1.1 Bürger*innennahe und digitale Verwaltung 6
 - 1.1.1 Open Source-Software 7
 - 1.1.2 Europaweite Vernetzung 8
 - 1.1.3 Digitale Verwaltung für alle 8
 - 1.1.4 Datenschutz 9
- 1.2 Transparenz 9
 - 1.2.1 Frühzeitige Einbindung von Bürger*innen 11
 - 1.2.2 Verbesserung des Ratsinformationssystems 11
 - 1.2.3 Erweiterung Informationsfreiheitsgesetz 11
 - 1.2.4 Open Data 12
 - 1.2.5 Korruptionsprävention 13
- 1.3 Bürger*innenbeteiligung 13
 - 1.3.1 Bürger*innenräte 14
 - 1.3.2 Beteiligung der Jugend 16
 - 1.3.4 Ein Bürger*innenbudget 17
 - 1.3.3 Digitaler öffentlicher Raum 18
 - 1.3.3.1 Übersicht über die städtischen Projekte 18
 - 1.3.3.2 Zentrale Beteiligungsplattform 19
 - 1.3.5 Öffentlichkeitsarbeit 20

2

EINE LEBENSWERTE STADT

21

- 2.1 Nutzung von Leerstand 21
- 2.2 Attraktivitätssteigerung der Innenstadt 22
- 2.3 Nachhaltige Stadt 24
- 2.4 Wohnen 25
 - 2.4.1 Schaffung neuer Wohnräume 25
 - 2.4.2 Unterstützung alternativer Wohnräume 26
- 2.5 Eine Stadt für alle: Diversität leben 27
- 2.6 Braunschweiger Nachtleben 28

3 EINE NACHHALTIGE MOBILITÄT

29

3.1 Fußverkehr	29
3.2 Radverkehr	31
3.2.1 Kurzfristige Maßnahmen	31
3.2.2 Ausbau der Infrastruktur	32
3.2.3 Velorouten	33
3.2.4 Fahrradetat	34
3.3 ÖPNV	34
3.3.1 Attraktivität	35
3.3.2 Verfügbarkeit	36
3.3.3 Modernisierung und Nachhaltigkeit	37
3.4 Motorisierter Individualverkehr (MIV)	37
3.4.1 Das Houten-Modell für Braunschweig	38
3.4.2 Sharing-Dienste und Elektromobilität	39
3.5 Ein ganzheitliches Verkehrskonzept	39

4 EINE OFFENE BILDUNGSLANDSCHAFT

41

4.1 Investitionen in eine inklusive Bildung	41
4.1.1 Digitalisierung in der Bildung	41
4.1.2 Ausbau der städtischen Krippenplätze und Gebührenfreiheit	43
4.1.3 Mehr Erzieher*innen für Braunschweig	43
4.1.4 Stärkung der Schulsozialarbeit	44
4.1.5 Räumliche Voraussetzungen für Inklusion schaffen	44
4.2 Modernisierung des Schulsystems	44
4.2.1 Gebundene statt offene Ganztagschulen	45
4.2.2 Aktive Gestaltung der Schullandschaft	46
4.2.3 Eine Schule von Klasse 1 bis 10	47
4.2.4 Lebenslanges Lernen	48

5 EINE GESELLSCHAFT DER SOZIALEN GLEICHBERECHTIGUNG

49

- 5.1 Integration und Inklusion 49
- 5.2 Antirassismus 51
- 5.3 Internationaler Kulturaustausch 54

6 EINE INNOVATIVE WIRTSCHAFT

55

- 6.1 Start-Ups und Gründer*innenszene 55
 - 6.1.1 Unterstützung von Start-Ups und KMU 55
 - 6.1.2 Start-Ups in der Wissenschaft 56
 - 6.1.3 Braunschweig als Start-Up Hub 56
- 6.2 Nachhaltige Gewerbegebiete 57
- 6.3 Kreislaufwirtschaft 58

7 EINE EUROPÄISCHE KOMMUNE

60

- 7.1 Ein europäisches Braunschweig 60
 - 7.1.1 Europa mit Interrail erlebbar machen 60
 - 7.1.2 Feriencamps für Europäer*innen und Europäische Freiwilligendienste 61
 - 7.1.3 Europäische und internationale Jugendbegegnungen ausbauen 62
 - 7.1.4 Wahlinformationen in verschiedenen Sprachen 62
 - 7.1.5 Europa-Fest 62
- 7.2 Kommunale Zusammenarbeit in Europa 63
 - 7.2.1 Europäische und internationale Städtepartnerschaften 64
 - 7.2.2 Eurocities 65

1

EINE BÜRGER*INNENNAHE POLITIK

Die kommunale Selbstverwaltung durch den Rat und die Verwaltung der Stadt Braunschweig ist durch die Kommunalwahl von den Bürger*innen Braunschweigs demokratisch legitimiert und soll allen Menschen Braunschweigs dienen und ein lebenswertes Umfeld bieten. Dazu müssen der Rat und die Verwaltung der Stadt nah an den Bürger*innen operieren und versuchen, diesen eine bestmögliche Begleitung aller kommunaler Prozesse zu ermöglichen. Das kann nur gelingen, wenn eine konsequente Offenlegung von Informationen erfolgt und Rat und Verwaltung der Stadt diese Informationspflicht in ihr Eigenverständnis aufnehmen. Für eine **moderne und bürger*innennahe Kommunalpolitik** muss stark auf digitale, transparente, einfache und partizipative Prozesse gesetzt werden.

1.1 Bürger*innennahe und digitale Verwaltung

Eine bediener*innenfreundliche und zukunftssichere digitale Verwaltung (E-Government) bietet viele Möglichkeiten, den Service der Behörden für die Bürger*innen zu verbessern und gleichzeitig die Angestellten im öffentlichen Dienst zu entlasten. In Braunschweig können bisher nur wenige Behördengänge (z.B. Kfz-Zulassung und Fundsachensuche) einfach von zu Hause aus erledigt werden. Das Potenzial ist hoch, den Zeitaufwand für Bürger*innen und die Kosten für die öffentliche Verwaltung zu verringern. Wir setzen uns für die **Beschleunigung einer digitalen Verwaltung** im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes ein. Das Ziel von Volt ist eine digitale Verwaltung, sodass alle Dienstleistungen der Behörden neben der analogen Form, also dem Gang zur Behörde, auch digital in Anspruch genommen werden können. Diese digitalen Dienstleistungen sollen einfacher, schneller und effizienter ablaufen als analoge Vorgänge. Auch interne Verwaltungsvorgänge sollen digitalisiert werden, wenn dies einen effizienten und kostengünstigen Verwaltungsablauf verspricht. Dadurch wird Braunschweig auch zu einem attraktiveren Standort für Unternehmen.

Mit der Smart City Strategie hat die Stadt 2019/20 bereits eine sinnvolle Grundlage für die Planung, Umsetzung und Steuerung der Digitalisierung

erarbeitet, für die in einem nächsten Schritt detaillierte Maßnahmen festgelegt werden müssen.

Best Practice: Estland

Das Land gilt seit Jahren als Vorbild in Europa und der Welt. Sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens wurden erfolgreich digitalisiert: Die Bürger*innen Estlands können statt auf das Amt einfach ins Netz gehen und ihre behördlichen Belange erledigen. Sei es die Kfz-Anmeldung, eine Ummeldung oder allgemeine Behördenerlaubnisse, wie das Anmelden einer Versammlung. Mehr als 3.000 Dienstleistungen – von Behörden und auch Unternehmen – können digital in Anspruch genommen werden. Ein Unternehmen kann innerhalb von drei Stunden gegründet werden. Als Schlüssel zu den digitalen Möglichkeiten dient die Bürger*innenkarte, die gleichzeitig Ausweis, Führerschein, Versicherungskarte und mehr ist.

1.1.1 Open Source-Software

Bei der verwendeten Software wollen wir vorrangig auf Open Source-Software setzen, da ihr Quellcode frei zugänglich ist und sie dadurch zwei wesentliche Vorteile besitzt: Zum einen kann die Wartung und Erweiterung der Software von einer Vielzahl möglicher Anbietender auf dem Markt durchgeführt werden, was die Kosten für die Wartung der technischen Systeme senkt. Zum anderen können Sicherheitslücken und Mängel schneller entdeckt werden, da auch die Öffentlichkeit (z.B. Chaos Computer Club) die Funktionalität der Software weiterentwickeln und optimieren kann. Neue Software-Projekte sollen daher **ausschließlich mit Open Source** ausgeschrieben werden und bestehende Systeme schrittweise auf Open Source umgestellt werden.

Eine digitale Verwaltung verlangt auch den Verwaltungsmitarbeiter*innen einiges ab. Diese müssen umfassend **geschult und fortgebildet** werden. Der Ausbau der technischen Möglichkeiten und der Schulungsfortschritt des Personals müssen dabei Hand in Hand gehen.

Best Practice: München

Die Stadtverwaltung in München hat jahrelang einen Großteil ihrer Systeme auf Open Source umgestellt. Hierdurch wurden schätzungsweise 25% der mit vergleichbaren proprietären Lösungen angefallenen Kosten gespart.

1.1.2 Europaweite Vernetzung

Unserem Best Practice-Ansatz entsprechend soll sich Braunschweig bei der Umstellung auf die digitale Verwaltung mit anderen Städten vernetzen, um gemeinsam nach guten Lösungen zu suchen und voneinander zu lernen. Die Initiative „**European Innovation Partnership on Smart Cities and Communities**“ ist zum Beispiel ein europäischer Marktplatz zu Digitalisierung in Städten, in dem sich Braunschweig einbringen kann. Je mehr Städte eine gemeinsame Lösung verfolgen, desto geringer wird der eigene Anteil an den Aufwendungen. Außerdem erhöhen sich die Anstrengungen der Industrie, mit neuen Ideen und Produkten zu den Lösungen beizutragen. In diesem Zuge kann die Verwendung von **europaweit standardisierten Schnittstellen** (insbesondere die europäischen EIRA Standards) der Stadt helfen, ihre IT-Kosten zu senken und trotzdem ihr digitales Angebot rasch auszuweiten. Ebenso wird eine städte- und länderübergreifende Vernetzung und Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen ermöglicht.

1.1.3 Digitale Verwaltung für alle

Der Zugang zur digitalen Verwaltung muss barrierefrei, sprich für alle einfach und verständlich sein, damit keine Personengruppen benachteiligt werden. Das umfasst auch die Erklärung der Anwendungen in gängigen Sprachen.

In die Umstellung auf eine digitale Verwaltung sollen die Bürger*innen miteinbezogen werden – diesen soll die Verwaltung schließlich dienen. Dafür müssen umfassende und niedrighschwellige Möglichkeiten für Feedback und Verbesserungsvorschläge angeboten und die Rückmeldungen berücksichtigt werden.

Best Practice: Barcelona

Seit 2018 unterstützt Barcelona als erste Stadt die von der Free Software Foundation Europe (FSFE) ins Leben gerufene Kampagne –Public Money? Public Code!“. Die Stadt investiert mittlerweile nicht nur einen Großteil ihres IT-Budgets in Open Source-Lösungen, sondern ermöglicht durch offene Entscheidungsprozesse auch ein hohes Maß an Bürger*innenbeteiligung. Zahlreiche Vorschläge für die Digitalisierung der Verwaltung gehen auf Vorschläge des Portals „decidim“ (Katalanisch für „Wir entscheiden“) zurück.

1.1.4 Datenschutz

Um effektiven Datenschutz zu gewährleisten, sollen Daten der Bürger*innen nur anonymisiert oder pseudonymisiert und nicht rückverfolgbar erfasst und erhoben werden. Die Datenschutzgrundverordnung der EU (DSGVO) muss konsequent eingehalten werden. Das Datenschutzniveau soll regelmäßig von externen Institutionen überprüft und die Ergebnisse veröffentlicht werden.

1.2 Transparenz

Rat und Verwaltung der Stadt Braunschweig vertreten die Interessen der Bürger*innen der Stadt Braunschweig und sollen als oberstes Ziel haben, die Belange der Stadt im Sinne aller Bürger*innen zu regeln. Der Rat der Stadt hat aktuell 54 Mitglieder und kann in Form von Satzungen kommunales Recht setzen. Als oberstes beschließendes Organ in Braunschweig entscheidet er, was sich in der Stadt konkret ändern soll und legt auch die langfristige Vision fest. Die Stadtverwaltung setzt die im Rat beschlossenen Anträge und Satzungen um.

Zur Arbeit von Stadtrat und Stadtverwaltung gehört aus Sicht Volts auch ein transparentes Vorgehen, gerade bei Vorgängen und Vorhaben, die potenziell auf Widerstände in der Bevölkerung treffen oder einen erhöhten Diskussions- und Abwägungsbedarf mit sich bringen können. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass umstrittene Vorhaben bei möglichst wenig **begleitender Kommunikation** mit der

Öffentlichkeit behandelt und beschlossen wurden.

In Braunschweig stehen im Gegensatz zu anderen Städten bereits die Rats- und Ausschusssitzungen als Liveübertragung und Aufzeichnung¹ im Internet zur Verfügung (Ratsinformationssystem). Auch die Termine und die Tagesordnung der Sitzungen inklusive der behandelten Vorlagen, Stellungnahmen und Beschlüsse sind dort zu finden. Eine Ratsinfo-Suche erleichtert das Finden dieser Dokumente zu gesuchten Themen. Über den städtischen Haushalt können sich die Bürger*innen aufbereitet in einem interaktiven Haushalt² oder in einem Dokument informieren. Das Auffinden dieser Informationsmöglichkeiten ist jedoch wenig intuitiv. Außerdem fehlen Informationen zu den Beschlüssen des Verwaltungsausschusses, der nicht öffentlich tagt.

Der Rat der Stadt besteht zwar aus gewählten Ratsmitgliedern, lässt sich allerdings nur bedingt durch die Öffentlichkeit kontrollieren, wenn diese nicht informiert ist. Oft werden die gefassten Beschlüsse erst im Nachhinein bekannt, da wenige Bürger*innen die Zeit haben, sich regelmäßig die Aufzeichnungen der Ratssitzung oder der Ausschüsse anzuhören und daraus die für sie relevanten oder diskussionswürdigen Themen zu filtern.

Volt setzt sich dafür ein, dass **Informationen**, die nicht durch übergeordnete Interessen geschützt sind (z.B. sicherheitsrelevante Gründe), **frei und offen zugänglich** sind. Durch eine aktive Informationspolitik müssen sowohl die Presse als auch die Bürger*innen über aktuelle Vorgänge in Stadtrat und Verwaltung informiert werden.

¹ Vgl. Rat der Stadt: in: Stadt Braunschweig, o. D., http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/politik/ratders-tadt/rat.php (abgerufen am 03.05.2021).

² Vgl. Interaktiver Haushalt: in: Stadt Braunschweig, o. D., http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref_0200/interaktiver_haushalt.php (abgerufen am 03.05.2021).

1.2.1 Frühzeitige Einbindung von Bürger*innen

Volt sieht die Stadtverwaltung in der Pflicht, klar und offensiv über Vorhaben mit erwartbar erhöhtem Diskussionsbedarf zu informieren und eine frühzeitige Bürger*innenbeteiligung herbeizuführen. Nur so kann eine **breite Akzeptanz und Unterstützung** gerade bei kontroversen Entscheidungen gewährleistet und das Vertrauen der Bürger*innen nachhaltig gewonnen werden. Daneben wird der Aufwand für die frühzeitige und ausgiebige Information zu solchen Vorhaben, beispielsweise durch gezielte Pressearbeit, den Aufwand zur nachträglichen Korrektur und die einhergehende Mehrarbeit in der Verwaltung deutlich unterschreiten.

1.2.2 Verbesserung des Ratsinformationssystems

Braunschweig braucht **intuitive Informationsmöglichkeiten** über Rats- und Ausschusssitzungen sowie deren Termine und Inhalte mit allen relevanten Dokumenten. Die Bürger*innen müssen stärker als Adressat*innen des existierenden Ratsinformationssystems gesehen werden. Hierfür bietet sich eine Umgestaltung der jetzigen Webseiten oder die Schaffung eines Informationsportals für Bürger*innen an, in dem auch weiterführende Daten veröffentlicht werden. Bei der Umgestaltung oder Neuschaffung müssen Bürger*innen als die späteren Nutzer*innen einbezogen werden, um eine Verbesserung in ihrem Sinn zu erreichen. Das **Bürger*inneninformationsportal** soll als ein Baustein in die zentrale Beteiligungsplattform, die im Punkt „Digitaler öffentlicher Raum“ beschrieben wird, integriert werden.

1.2.3 Erweiterung Informationsfreiheitsgesetz

In Braunschweig existiert seit 2012 eine Informationsfreiheitsgesetz, in der auch eine aktive Veröffentlichung, also eine frühestmögliche elektronische Veröffentlichung, aller Informationen festgeschrieben ist, die den Entscheidungsprozessen des Rates zugrunde liegen. Für alle weiteren Informationen muss ein Antrag gestellt werden.

Die aktive Veröffentlichung soll nach dem Vorbild von Hamburgs **Transparenzgesetz**³ erweitert werden auf alle bei der Stadt vorhandenen Informationen (Behörden, Ämter, Landesbetriebe, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und öffentliche Unternehmen), die unter die Informationsfreiheitsgesetzgebung fallen. Diese können in dem genannten Bürger*inneninformationsportal veröffentlicht werden, in das das bereits von der Stadt geplante Open Data-Portal eingebunden werden soll.

Best Practice Hamburg:

Vom Hamburger Stadtarchiv wird seit 2015 ein Transparenzportal betrieben, das für die Umsetzung des 2012 beschlossenen Transparenzgesetzes entstanden ist. Darin können Bürger*innen anonym Daten der Verwaltung und von öffentlichen Unternehmen einsehen. Neben den Inhalten, die laut Transparenzgesetz veröffentlicht werden müssen, können auch freiwillig zur Verfügung gestellte Daten und Informationen recherchiert und zur Weiterverarbeitung genutzt werden (Open Data).

1.2.4 Open Data

Volt möchte dafür sorgen, dass durch den Staat erhobene Daten als Open Data **öffentlich zugänglich** gemacht werden. Dies soll alle Bereiche betreffen, in denen eine datenschutzkonforme Veröffentlichung durch vollständige Anonymisierung möglich ist. Neben der bereits angestrebten Entwicklung einer **eigenen Open Data-Plattform** soll sich die Stadt Braunschweig mit den von ihr erhobenen Daten am bundesweiten Datenportal „GovData“ beteiligen. Diese Basis öffentlich verfügbarer Daten soll der Forschung, aber auch der Entwicklung innovativer Dienstleistungen und Produkte durch die Zivilgesellschaft und Unternehmen helfen. Dadurch wird etwa Bürger*innen ermöglicht, lizenzfreie Anwendungen (weiter-) zu entwickeln, die wiederum der städtischen Entwicklung zugutekommen.

³ Vgl. Transparenzgesetz: in: hamburg.de, o. D., <http://transparenz.hamburg.de/transparenzgesetz-hamburg/> (abgerufen am 03.05.2021).

Ein Beispiel ist OpenTrees.org, mit dessen Hilfe Städte Entscheidungen zur Neupflanzung, regelmäßiger Kontrolle und Pflege ihrer Bäume treffen können.

1.2.5 Korruptionsprävention

Für eine gestärkte Korruptionsprävention soll sich unsere Kommune dem Beispiel anderer Städte wie Halle (Saale) und Bonn folgend um eine korporative Mitgliedschaft bei „**Transparency International Deutschland e.V.**“ bewerben.⁴ In Braunschweig nimmt die Rechnungsprüfungsstelle, die dem Rat unterstellt ist, die Aufgabe der Korruptionsprävention wahr. Durch eine korporative Mitgliedschaft steht der Stadtverwaltung professionelle und fachkundige Begleitung bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Korruptionsprävention zur Verfügung. Daneben gibt es die Möglichkeit, sich mit anderen Städten zu Erfahrungen im Kampf gegen Korruption auszutauschen. Um die damit einhergehenden Verpflichtungen zu erfüllen, sagt unsere Kommune eine effektive Compliance-Kultur für Rat und Verwaltung zu.

1.3 Bürger*innenbeteiligung

Unser Ziel ist eine **lebendige Demokratie** in der Kommunalpolitik. Dazu muss politische Partizipation kinderleicht sein. Die Stadt selbst muss aktiv auf die Bürger*innenschaft zugehen, ihr Angebote machen und sie zur politischen Beteiligung motivieren. Dabei ist es essentiell, dass die Beteiligung der Braunschweiger*innen wahrnehmbaren Einfluss auf Entscheidungen hat und dieses den Bürger*innen im Vorhinein mit klaren und verbindlichen Regeln für die Beteiligungsverfahren vermittelt wird.

Mit den nachfolgenden Bausteinen wollen wir ein zusammenhängendes System aus den bereits existierenden und neuen **Beteiligungsformen** in Braunschweig etablieren. Diese sollen nicht für sich allein stehen, sondern möglichst gut ineinandergreifen.

⁴ Vgl. Transparency International Deutschland e.V.: Korporative Mitgliedschaft, in: Transparency International Deutschland e.V., o. D., [https://www.transparency.de/mitmachen/aktive-mitgliedschaft/korporative-mitgliedschaft/\(abgerufenam03.05.2021\)](https://www.transparency.de/mitmachen/aktive-mitgliedschaft/korporative-mitgliedschaft/(abgerufenam03.05.2021)).

Uns ist bewusst, dass neue Formen der Beteiligung nicht auf Anhieb perfekt funktionieren werden (Beispiel: Braunschweiger Bürgerhaushalt). Sowohl die Bürger*innen, als auch die Politik müssen daher zu einem **Lernprozess** bereit sein.

Wir wollen Bürger*innenbeteiligung mit fachlicher Expertise verbinden. Durch die Einbeziehung von Fachleuten werden wir den Braunschweiger*innen helfen, nicht nur weitreichende, sondern auch gut durchdachte Entscheidungen zu treffen.

Alle Formate müssen mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet sein, um die Beteiligung dauerhaft zu etablieren. Nur mit viel Geduld und ausreichenden Ressourcen kann sich auf lange Sicht eine tragfähige Beteiligungskultur in Braunschweig entwickeln.

1.3.1 Bürger*innenräte

Bürger*innenräte bestehen aus per Losverfahren ausgewählten Bürger*innen, die im Hinblick auf bestimmte Faktoren (Alter, Geschlecht, Einkommen, Beruf etc.) eine repräsentative Abbildung der Stadtgesellschaft darstellen. Ihre Aufgabe ist es, Fragen aus der Lokalpolitik zu diskutieren und eine Empfehlung für die Politik zu erarbeiten. Dadurch wollen wir neben einer besseren Bürger*innenbeteiligung auch eine **verbesserte Diskussionskultur** erreichen – wenn sich Bürger*innen mit unterschiedlichen Meinungen an einen Tisch setzen, trägt das zu einem besseren politischen Klima in Braunschweig bei. Erfahrungen in Irland und Voralberg (Österreich) zeigen, dass diese Ziele durch Bürger*innenräte erreicht werden können.

Die Einberufung von Bürger*innenräten soll entweder durch einen Beschluss im Rat der Stadt oder durch eine Petition der Bürger*innen erfolgen können. Auch vor der Durchführung von Bürger*innenentscheidungen sollte grundsätzlich ein Bürger*innenrat stattfinden. Die Teilnahme am Bürger*innenrat ist freiwillig und anfallende Kosten für die Teilnehmenden sollen erstattet werden. Es muss eine unabhängige Moderation sichergestellt sein, um einen fairen Verlauf zu gewährleisten. In die

Diskussionen wollen wir Fachleute einbinden, die mit ihrem Wissen den Bürger*innen eine bessere Perspektive auf das jeweilige Thema ermöglichen. Auch Diskussionen zwischen Bürger*innen und Politiker*innen sollen Teil der Räte sein. Das letzte Wort haben hier aber die Bürger*innen!

Die erstellte Vorlage ist nicht bindend, sondern muss im Rat der Stadt diskutiert und abgestimmt werden. Wird gegen den Vorschlag gestimmt, muss die Entscheidung ausführlich begründet werden. So entsteht ein **konstruktiver Dialog zwischen Politik und Bürger*innenschaft**, und die Qualität und Legitimität politischer Entscheidungen wird verbessert.

Best Practice Vorarlberg:

Seit 2006 gab es im Bundesland Vorarlberg in Österreich 32 Bürger*innenräte auf Gemeindeebene, in Regionen und auf Landesebene. Auf Landesebene werden seit März 2011 in Vorarlberg halbjährlich Bürger*innenräte durchgeführt, die seit 2013 in der Landesverfassung verankert sind. Die Erfahrungen dort zeigen, dass die Ergebnisse aus den Bürger*innenräten die Qualität mitbringen, die auch von Expert*innen geliefert wird. Es gibt die Möglichkeit, dass nicht nur von der Politik, sondern auch aus der Bevölkerung heraus Bürger*innenräte initiiert werden. Moderiert anhand der lösungsorientierten Methode „Dynamic Facilitation“ erarbeiten zufällig ausgewählte Bürger*innen an einem Wochenende Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen. Die Ergebnisse werden danach öffentlich präsentiert und diskutiert. Von betroffenen Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung etc. werden die Vorschläge des Bürger*innenrats auf die konkrete Umsetzung geprüft und weiterführende Maßnahmen gesetzt. Anschließend erhalten die Teilnehmenden eine schriftliche Rückmeldung, wie die Ergebnisse verwertet werden. Durch die Bürger*innenräte kam es beispielsweise zu der Einführung eines 365€-Jahrestickets für ganz Vorarlberg, eines Bildungsleitfadens zur Bildungslandschaft in Vorarlberg oder zu einer Erhöhung des Familienzuschusses besonders für Alleinverdienende und Familien mit mehr als vier Kindern ⁵.

⁵ Vgl. Bürgerräte in Vorarlberg: in: Vorarlberg, o. D., <https://vorarlberg.at/-/buergerraete-in-vorarlberg> (abgerufen am 07.05.2021).

1.3.2 Beteiligung der Jugend

Die kommunale Politik gestaltet das Umfeld, in dem Kinder und Jugendliche aufwachsen. Wenn sie von Entscheidungen direkt betroffen sind, sollen die **Kinder und Jugendlichen** daher auch in die **Entscheidungsfindung** miteinbezogen werden. Davon profitiert unsere Stadt, denn eine kinderfreundliche Politik macht unsere Stadt für Familien zu einem lebenswerten Ort. Auch führt eine stärkere Einbindung der Kinder und Jugendlichen in die Politik dazu, dass sie zu verantwortungsbewussten demokratischen Bürger*innen heranwachsen.

Volt Braunschweig fordert daher die Schaffung von Kinder- und Jugendräten in den Bezirken, in die alle Kinder und Jugendliche ab der fünften Klasse gelost werden können. Die Organisation soll in Zusammenarbeit mit den Schulen stattfinden. Während die Unterstützung der Räte durch die Verwaltung notwendig ist, sollen die Kinder- und Jugendräte die Organisation der Arbeit aber so weit wie möglich selbständig übernehmen. Die Kinder- und Jugendräte sollen Anfragen und Anträge zu solchen Themen, die die Kinder und Jugendlichen betreffen, an den Rat der Stadt stellen dürfen. Die Arbeit der Kinder- und Jugendräte soll in für junge Menschen verständlicher Art und Weise über das Internet erklärt und begleitet werden. Ein guter Ansatz sind die bereits alle zwei Jahre stattfindende Jugendkonferenz Braunschweig und besonders das Braunschweiger Jugendforum, mit dessen ausgearbeiteten Vorschlägen sich der Rat der Stadt laut Beschluss beschäftigen muss. Die Erfahrung aus diesen Formaten soll in die Einführung der Kinder- und Jugendräte einfließen

Insbesondere bei Projekten, die die Kinder und Jugendlichen ganz besonders betreffen (z.B. Gestaltung von Spielplätzen, Sportanlagen, Jugendzentren und Schulhöfen) soll zusätzlich eine projektbezogene Begleitung durch Kinder und Jugendliche stattfinden, zum Beispiel in Form von Befragungen oder Diskussionsveranstaltungen. Darüber hinaus befürworten wir die regelmäßige Durchführung von offenen Formen der Jugendbeteiligung, wie zum Beispiel Fragestunden mit Politiker*innen oder Jugendpetitionen an den Rat der Stadt.

1.3.4 Ein Bürger*innenbudget

Wir wollen ein Bürger*innenbudget in Braunschweig etablieren. Der Bürger*innenhaushalt von 2014 bis 2016 in unserer Stadt war ein lehrreiches Projekt, das jedoch nicht genügend Braunschweiger*innen aktivierte. Die Erfahrungen daraus und aus der partizipativen Haushaltsplanung anderer Kommunen zeigen, dass Bürger*innenbudgets, die sich durch einen festgelegten, für die vorgeschlagenen Projekt bereit stehenden Betrag auszeichnen, zu **mehr Beteiligung** führen. Demnach soll jährlich ein festgelegter Betrag zur Verfügung gestellt werden, über dessen Verwendung die Bürger*innen entscheiden.

Dazu sollen auf einer digitalen Plattform alle Bürger*innen Vorschläge machen können, wie das Geld verwendet werden kann. Die Verwaltung prüft daraufhin die Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit und schätzt ab, wie viel Geld die Umsetzung kosten würde. Auf diese Weise wird stadtplanerische Expertise in den Prozess eingebracht. Die Kommune veröffentlicht daraufhin die umsetzbaren Projekte und gibt dabei die Kosten für jeden Vorschlag an. Bürger*innen, deren Vorschläge nicht umgesetzt werden können, erhalten von der Kommune eine Begründung für die Ablehnung.

Darauf folgt ein Beratungsprozess. Über einen gewissen Zeitraum hinweg tauschen sich die Bürger*innen über die vorgeschlagenen Projekte aus. Hier sollte ein möglichst **breiter Diskurs** über die Vorschläge erfolgen. Am Ende steht eine Abstimmung, und die Projekte mit den meisten Stimmen werden verbindlich umgesetzt.

Zunächst soll für dieses Budget ein Betrag in Höhe von einem Euro pro Einwohner*in zur Verfügung gestellt werden. Nachdem erste Erfahrungen mit dem Budget gemacht wurden, soll dieser Betrag auf **mindestens 0,1% des Haushalts der Stadt Braunschweig** erhöht werden.

Best Practice Eberswalde:

In der brandenburgischen Stadt Eberswalde (40.000 Einwohner*innen) gibt es seit 2013 ein Bürger*innenbudget. Alle Bürger*innen über 14 Jahre können Vorschläge einreichen, insgesamt stehen für die Projekte

100.000 Euro zur Verfügung. Die Abstimmung erfolgt einmal jährlich bei einem öffentlichen Fest.

Best Practice Reykjavík:

Über die digitale Abstimmungsplattform „My Neighbourhood“ verteilen Reykjavíks Bürger*innen jedes Jahr drei Millionen Euro auf Projekte. Vorher kann jede*r Ideen einreichen, von denen die Stadt letztendlich 200 auswählt. Über die ausgewählten Themen wird dann final abgestimmt. Die Beteiligung der Bürger*innen auf der Plattform ist sehr hoch und löst große Zufriedenheit aus: Für die Menschen ist es enorm motivierend, die umgesetzten Projekte in der Stadt sehen und erleben zu können. Die Plattform wird vom Initiator als Open Source-Software zur Verfügung gestellt und kann damit bereits kleine Orte bedienen. Wichtig für den Erfolg dieser Plattform sei es laut dem Initiator, dass es die Stadt mit der Beteiligung ernst meint und gewählte Projekte dann auch tatsächlich umgesetzt werden.

1.3.3 Digitaler öffentlicher Raum

Die digitalen Technologien bieten viele neue Möglichkeiten, die **Bürger*innen in die kommunale Politik** einzubeziehen. Wir können miteinander diskutieren und einen gemeinsamen Willen bilden und artikulieren, ohne, dass wir dazu vor Ort zusammentreffen müssen. Wir wollen daher in unserer Kommune digitale Instrumente einsetzen, mit denen sich die Bürger*innen unkompliziert in die kommunale Politik einbringen können. Mit CONSUL existiert bereits eine Software, die weltweit in Städten zum Einsatz kommt und mit der sich diese Ziele umsetzen lassen. Diese digitalen Instrumente sollen die analogen Beteiligungsmöglichkeiten nur ergänzen und nicht ersetzen.

1.3.3.1 Übersicht über die städtischen Projekte

Wir wollen eine Übersichtsseite ins Leben rufen, auf der die Stadt alle Projekte auflistet, die derzeit umgesetzt werden. Die Bürger*innen sollen diese kommentieren und bewerten können. Die Moderation über die Diskussion übernimmt die Stadt, beleidigende oder unangemessene

Äußerungen sollen konsequent geahndet werden. Auf diese Weise soll **frühzeitig ein konstruktiver Dialog zu politischen Vorhaben** entstehen. Bei der Umsetzung orientieren wir uns an der Website „Better Reykjavík“, auf der die Bürger*innen der isländischen Hauptstadt schon jetzt ihre lokale Politik mitgestalten.

1.3.3.2 Zentrale Beteiligungsplattform

Wir wollen eine zentrale Plattform einrichten, auf der alle digitalen Angebote zur Bürger*innenbeteiligung übersichtlich zusammengeführt werden. Auf dieser Plattform sollen neben den genannten Instrumenten auch alle Informationen rund um die Kommunalpolitik zur Verfügung stehen, also beispielsweise der städtische Haushalt, die Terminkalender und Tagesordnungen des Stadtrates und der Bezirksräte. Wir wollen, dass auf dieser Plattform regelmäßig **Bürger*inneninformationsstunden** stattfinden, in denen die lokalen Politiker*innen den Fragen der Bürger*innen antworten und mit diesen ins Gespräch kommen. In Braunschweig gibt es bereits die Beteiligungsplattform „mitreden“, auf der Bürger*innen Mängel an der städtischen Infrastruktur melden (Mängelmelder) und eigene Vorschläge an die Stadtverwaltung einbringen können (Ideenplattform) oder aktuelle Beteiligungsmöglichkeiten, etwa an Stadtbauprojekten oder dem Mobilitätsentwicklungsplan, finden. Die Angebote der Plattform „mitreden“ sollen in die **neue, zentrale Plattform** integriert werden. Ebenso sollen etablierte Formate in den Stadtvierteln (z.B. Runder Tisch – Donauviertel) dort vertreten sein.

Auf dieser Plattform wollen wir allen Bürger*innen unserer Stadt die Möglichkeit geben, zusammenzukommen und gemeinsam über die Zukunft unserer Stadt mitzuzentscheiden.

1.3.5 Öffentlichkeitsarbeit

Alle Formate der Bürger*innenbeteiligung müssen mit einer **umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit** begleitet werden, um die Bürger*innen über ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren. Die Öffentlichkeitsarbeit soll sich verstärkt an solche Gruppen richten, die sich bisher im Durchschnitt weniger beteiligt haben. Um wirklich alle Menschen in unserer Kommune zu erreichen, ist **aufsuchende Bürger*innenbeteiligung erforderlich**. Das gilt auch und besonders für Menschen, die den Umgang mit dem Internet nicht gewohnt sind oder keinen eigenen Zugang haben. Für sie sollen nach den Konzepten des lebenslangen Lernens kostenlose Kurse zu den digitalen Angeboten der Kommune von der Stadt zum Beispiel in der VHS angeboten werden. Außerdem soll ein Internetzugang für alle erreichbar sein. Dazu müssen Zugänge in Unterkünften für geflüchtete oder obdachlose Menschen, Bildungseinrichtungen und öffentlichen Gebäuden ausgebaut werden.

2

EINE LEBENSWERTE STADT

Volts Ziel ist es, aus Braunschweig eine **attraktive Großstadt** zu machen, die an die Bedürfnisse der Braunschweiger*innen angepasst ist. Dazu gehören eine **anziehende Innenstadt** genauso wie eine Berücksichtigung der **Klimaziele**, ein **sozialer Wohnungsmarkt** und ein **lösungsorientierter Umgang mit Leerstand**.

Derzeit bietet die Braunschweiger Innenstadt wenig Abwechslung. Sie ist geprägt von einer Infrastruktur für große Einzelhandelsketten mit wenigen attraktiven Orten der Begegnung. In dieser Situation sorgen der zunehmende Onlinehandel und die Corona-Pandemie für mehr Leerstand. Dies macht einen Wandel in der Innenstadtgestaltung unabdingbar.

Die verwinkelte und schöne Struktur der Innenstadt soll in Zukunft besser zur Geltung kommen und den Charakter der Stadt prägen. In diesem Zug schafft eine Reduzierung von Autos in der Innenstadt Platz für Menschen. Durch regelmäßig stattfindende Veranstaltungen wie Konzerte und Märkte sollen Straßen und Plätze belebt werden. Durch konsequente Stadtbegrünung wird zusätzlich der Lärm der Stadt reduziert, die Luft sauberer und das Stadtbild schöner. Daneben sorgen Orte der Begegnung für mehr gesellschaftlichen Austausch und eine diverse Stadt, die an den Bedürfnissen aller ausgerichtet ist.

2.1 Nutzung von Leerstand

Bei der Neugestaltung der Innenstadt spielt die **Umnutzung bestehender Gebäude** eine wichtige Rolle, um kostbare Ressourcen zu sparen. Volt setzt sich für schnelles und pragmatisches **Nutzen des Leerstands** in der Stadt ein, damit die Stadt weiterhin belebt bleibt und ihre Attraktivität gewahrt wird. Insbesondere durch die Corona-Krise entstandener Leerstand in der Innenstadt soll durch **Zwischennutzungskonzepte** überbrückt werden, um die Außenwirkung zu steigern. Hier können lokale Künstler*innen oder auch Pop-Ups zwischenzeitlich den Raum nutzen. Dieses Konzept wird bereits seit 2007 im Braunschweiger Kultviertel umgesetzt und wie die ZwischenZeitZentrale in Bremen zeigt, lässt es sich auch erfolgreich auf eine gesamte Stadt übertragen.

2

EINE LEBENSWERTE STADT

Frei werdende Flächen können zum Beispiel für Wohnquartiere, Pop-Up-Stores, Kultur, Freizeitangebote und Cafés oder auch für das Handwerk genutzt werden. Gerade die **Schaffung von Wohnraum** in der Innenstadt kann zur Belebung der City und zur Entspannung des Wohnungsmarktes beitragen. Bei der Suche nach neuen Nutzungsmöglichkeiten soll vor allem auf **Vielfältigkeit** geachtet werden.

In Braunschweig stehen insbesondere mit den alten Kaufhäusern auch große Immobilien leer, die eine neue Form der Nutzung finden müssen. Volt schlägt vor, sich an bereits existierenden Konzepten als Best Practice zu orientieren und **Lebensschnittpunkte von Freizeit, Arbeit und Kultur** entstehen zu lassen. Als Beispiele können hier das Core Oldenburg als Mischung von Freizeit, Arbeit und Gastronomie oder die Berliner Arminius-Markthalle als Kombination von regionalem Lebensmittelhandel, Gastronomie und Genusshandwerk mit regelmäßigen Veranstaltungen dienen. Wir begrüßen es, wenn Leerstand in Teilen durch öffentliche Einrichtungen wie Verwaltung, Museen, Volkshochschule, Musikschule, Technische Universität und der Hochschule für Bildende Künste genutzt wird. In Paderborn hat eine Ansiedlung von Universitätseinrichtungen in der Innenstadt mehr Besucher*innen angezogen.

Die Stadt soll ihr **Vorkaufsrecht** für Immobilien **verstärkt und strategisch nutzen**, um insbesondere den vermehrten Verkauf von Immobilien an Eigentümer*innen, die kein Interesse an einer preisgerechten Weitervermietung haben, zu verhindern,. Hier kann sich an den Konzepten der Stadt Wien orientiert werden. So können gleichzeitig erschwingliche Mietpreise erzielt, lokale Einzelhändler*innen und Gastronom*innen gefördert und öffentliche Einrichtungen in Innenstadtlagen begünstigt werden. Dadurch wird der „Erlebnischarakter“ der Innenstadt gestärkt.

2.2 Attraktivitätssteigerung der Innenstadt

Volt möchte die Attraktivität der Braunschweiger Innenstadt steigern. Als Innenstadt betrachtet Volt den gesamten Bereich der Okerinsel. Ein wichtiger Teil dieses Konzepts sind **regelmäßig stattfindende Veranstaltungen**, so bereits existierende wie zum Beispiel der Weihnachtsmarkt,

der Schodudel-Karneval oder auch das Open-Air-Theater, aber auch neue Konzepte, wie ein Stadtfest, Märkte und Konzerte lokaler Künstler*innen. Um das zu ermöglichen, müssen bürokratische Hürden in der Verwaltung abgebaut und die Gebühren für die Veranstaltung solcher Events gesenkt werden.

Auch hier gibt es bereits Best Practices. Stadtfeste locken in vielen Städten, zum Beispiel. Tübingen und Freiburg, Besucher*innen in die Stadt. In Neuruppin geben lokale Bands über die Stadt verteilt Konzerte für die Einwohner*innen.

Ein weiterer Pfeiler des Konzeptes ist ein Senken der Gebühren für die **Außengastronomie**. Braunschweig hat viele Plätze, von denen die Gastronom*innen nur einen Bruchteil nutzen dürfen. Gleichzeitig muss ein einfacherer Zugang zu Sondernutzungsrechten gewährt werden, um die vielen Freiflächen entsprechend nutzen zu können. Die Gastronomie in Braunschweig wird dadurch einen Aufschwung erleben, von dem Stadt und Einzelhändler*innen gleichermaßen langfristig profitieren können.

Auch die von Volt Braunschweig unterstützten **Nachnutzungskonzepte für den Leerstand**, wie zum Beispiel Markthallen-ähnliche Konzepte, werden die Attraktivität der Innenstadt langfristig erhöhen.

Volt Braunschweig setzt sich für einen **besseren Anschluss der gesamten Okerinsel** als wahrgenommene Innenstadt ein. Das soll durch verbesserte Fuß- und Radverbindungen, zum Beispiel über die Lange Straße, geschaffen werden. Dies macht beispielsweise den wenig genutzten Wollmarkt an der Alten Waage besser nutzbar.

Braunschweig besitzt mit den BS Hotspots bereits eine WLAN Abdeckung in der Innenstadt. Diesen Ansatz möchte Volt stärken und die Abdeckung weiterhin verbessern und gegebenenfalls auf Parks und Knotenpunkte wie den Hauptbahnhof ausweiten.

2.3 Nachhaltige Stadt

Volts Ziel ist es, für eine konsequente Umsetzung der Klimaziele zu sorgen, um bis zum Jahr **2030 Klimaneutralität** zu erreichen. Unabhängig von unseren Anstrengungen ist der Klimawandel bereits jetzt real. Volt Braunschweig möchte deshalb eine **systematische Begrünung der Stadt** vorantreiben, um das Stadtklima positiv zu beeinflussen und strategisch abzukühlen. Grünflächen haben zusätzlich einen positiven Einfluss auf Luftfeuchtigkeit, Luftqualität und Luftaustausch in der Stadt. Zudem ist Stadtbegrünung gut für die städtische Flora und Fauna und eine wichtige Maßnahme zur Bekämpfung des Artensterbens. Als mögliche Orte für Grünflächen oder sogenannte Pocket Parks sieht Volt Braunschweig beispielsweise die Neue Straße, Alte Waage, Parkplatz Kannengießerstraße, Parkplatz Stecherstraße, und den Parkplatz Alte Markthalle, aber auch kleinere aktuell asphaltierte Areale im Stadtgebiet. Hier ist eine Entsiegelung der Böden wünschenswert. Gleichzeitig befürwortet Volt eine Begrünung von Fassaden und Dächern.

Als Teil der neu entstehenden Grünanlagen begrüßt Volt insbesondere **Urban Gardening-Konzepte** sehr. Viele Menschen in Ballungsräumen haben keine Balkon- oder Gartenzugänge. Urban Gardening-Konzepte sollen hier die Möglichkeit zur Bepflanzung geben und dienen gleichzeitig zur Bildung über Nutzpflanzen und Ernährung. In einer Umfrage⁶ der Stadt Braunschweig aus dem Jahr 2020 wünschten sich über 50% der Befragten mehr solcher Konzepte im Stadtgebiet.

In Braunschweig gibt es bereits erste Trinkwasserbrunnen in der Innenstadt; um hier weiter die Menge an Plastikmüll zu verringern, sollen **zusätzliche Trinkwasserbrunnen** an strategischen Orten im Stadtgebiet errichtet werden (z.B. Parks, Ringgleis, Bahnhof).

⁶ Vgl. Stadt Braunschweig: in: Stadt Braunschweig, o. D., https://www.braunschweig.de/leben/im_gruenen/projekte_stadtgruen/freiraumentwicklungskonzept.php (abgerufen am 29.04.2021).

2.4 Wohnen

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Braunschweig ist angespannt. Die durchschnittlichen Mieten sind in den letzten 10 Jahren um über 40% gestiegen. Volt Braunschweig will Braunschweiger Mieter*innen besser schützen, sie auf der Suche nach Wohnraum unterstützen und pragmatisch Wohnraum schaffen. Außerdem möchte Volt den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum fördern und sich für nachhaltiges und umweltbewusstes Sanieren, Bauen und Wohnen einsetzen.

2.4.1 Schaffung neuer Wohnräume

Für das Schaffen neuer Wohnräume ist in der aktuellen Situation **sozialverträglicher Neubau** unverzichtbar. Hierfür fordern wir eine Initiative zur Sanierung oder Neubebauung baureifer Grundstücke in Randgebieten der Stadt. Die Stadt soll es daher teurer machen, Grundstücke als Geldanlage brach liegen zu lassen, zum Beispiel, indem sie leistungslose Gewinne durch Bodenwertsteigerung einzieht. Im Rat der Stadt Braunschweig ist Ende 2020 eine **Zweckentfremdungssatzung** nicht angenommen worden. Volt Braunschweig hält eine solche Satzung weiterhin für wichtig, da sie die Wichtigkeit von Wohnraum für die Stadt betont und langfristigen Leerstand erfolgreich bekämpft. Daher setzen wir uns für eine erneute Betrachtung einer Zweckentfremdungssatzung im Rat der Stadt Braunschweig ein.

Die Stadt soll **Bedingungen für Neubebauungen** stellen, um erschwingliche Mieten und eine funktionsfähige soziale Infrastruktur zu gewährleisten, und um sozial gemischte Baufelder entstehen zu lassen. Es muss sichergestellt sein, dass solche Gebiete gut an Kindertagesstätten, Schulen und Pflegeeinrichtungen angeschlossen sind, um den Braunschweiger*innen durch kurze Wege ihren Alltag zu erleichtern.

Zusätzlich ist eine **effiziente und umweltschonende Nachverdichtung** notwendig, ohne dabei das existierende Stadtbild durch zum Beispiel Gentrifizierung zu zerstören und möglichst, ohne dabei zusätzlich Flächen zu versiegeln. Alternativ müssen innerhalb der Stadt Ausgleichsflächen

durch Entsiegelung geschaffen werden. Unter einer solchen Nachverdichtung verstehen wir beispielsweise Aufstockungen und Hinterlandbebauung. Volt Braunschweig fordert, diese Nachverdichtung leichter zu ermöglichen und den Prozess der Baugenehmigung im Rahmen des Bebauungsplanes **attraktiver und weniger bürokratisch** zu gestalten. Die Nachverdichtung sollte jedoch keine Brach-, Grün- oder andere öffentliche Flächen, wie zum Beispiel Spielplätze, beanspruchen. Im Voraus muss außerdem sichergestellt werden, dass die Infrastruktur eine solche Nachverdichtung zulässt und ausreichend Schulen, Kindertagesstätten, ÖPNV und Einkaufsmöglichkeiten gegeben sind oder ausgebaut werden können.

Als Best Practice fordert Volt eine Orientierung an der Stadt Wien. Die österreichische Hauptstadt nutzt seit Jahrzehnten ihr vorhandenes Vorkaufsrecht und baut selbst mit ihrer städtischen Gesellschaft Wiener Wohnen Immobilien und vermietet sie zu erschwinglichen Preisen. Dadurch sind die Mieten auf dem Wiener Wohnungsmarkt bezahlbar geblieben und die Stadt kann unabhängig von Investor*innen über den geförderten Wohnungsbau verfügen. Dieses Prinzip erlaubt der Stadt Braunschweig, selbst die Mietpreise in der Stadt mitzubestimmen.

2.4.2 Unterstützung alternativer Wohnräume

Volt setzt sich dafür ein, alternative Wohnformen stärker zu fördern. Eine Möglichkeit dafür sind Formen des **gemeinsamen Wohnens**, bei denen Nachbar*innen sich Gemeinschaftsräume teilen, oder auch **Mehrgenerationenhäuser**. Wir sehen darin Chancen, nachbarschaftliche Begegnung über Generationen und soziale Milieus hinweg zu fördern und die individuelle Wohnfläche zu reduzieren. Dies führt zu einem niedrigeren Flächenverbrauch und zu bezahlbarem Wohnraum für mehr Menschen. Auch das Bundesfamilienministerium hat bestätigt, dass Mehrgenerationenhäuser eine Hilfe für Kommunen sein können, die sich auf neue demographische Herausforderungen einstellen müssen. Daher soll die Stadtverwaltung bestehende Projekte des gemeinsamen Wohnens mit fachlicher Beratung und der vereinfachten Bereitstellung von Bauland

2

EINE LEBENSWERTE STADT

stärker unterstützen. Sie soll außerdem in Bebauungsplänen die Möglichkeit schaffen, alternative Wohnprojekte einzurichten, zum Beispiel durch einen entsprechenden Grundstückszuschnitt. Als weitere Möglichkeiten sieht Volt Braunschweig zum Beispiel **Wohnen gegen (Pflege-) Dienstleistung**, wie es bei dem Projekt „Wohnen für Hilfe“ seit 2018 in Braunschweig umgesetzt wird. Diese Lösungen verbessern die Lebensqualität, senken Wohnkosten und reduzieren insgesamt den Wohnraumbedarf.

2.5 Eine Stadt für alle: Diversität leben

Es ist Volts Ziel, eine Stadt zu schaffen, in der sich alle gerne aufhalten und die ein **gesellschaftliches Miteinander** fördert und stärkt. Wir möchten die Braunschweiger*innen ermutigen, eigene Ideen zu entwickeln, um ihre Stadt zu verbessern, und sie personell und finanziell bei der Umsetzung unterstützen. Zu einer schönen Umgebung gehört auch ein kulturelles Leben und Raum für Vielfalt: Cafés, Kneipen, Vereine und auch informelle, kostenlose, öffentliche Treffpunkte.

Volt Braunschweig unterstützt die **Einrichtung von Begegnungsorten** für Menschen aller Bevölkerungsgruppen, wie es zum Beispiel das Haus der Kulturen in Braunschweig bereits ist. Was solche Begegnungsorte genau sind, soll durch die Bedürfnisse der Menschen in Braunschweig bestimmt werden. Für einen solchen Ort kann leerstehender Raum in der Innenstadt durch die Stadt erworben und für Kulturvereine und andere lokale Organisationen bereitgestellt werden. Eine andere Möglichkeit ist die öffentliche Bereitstellung von Vereinsräumen zu bestimmten Zeiten. Auch wenn diese Begegnungsorte durch die Stadt bereitgestellt werden, sollen sie nach Möglichkeit von Braunschweiger*innen diskriminierungsfrei verwaltet und organisiert werden: Diese Orte sollen für alle verfügbar sein. Eine mögliche Teilfinanzierung kann durch das Abrufen von weiteren Geldern aus dem europäischen Sozialfonds angestrebt werden.

Um die Innenstadt offener zu gestalten, braucht es **nicht-kommerzielle Orte**, an denen Menschen sich sicher aufhalten können. Dies sollen zum Beispiel teils überdachte Aufenthaltsorte in Grünanlagen sein, aber auch von der Stadt unterstützte Begegnungsstätten. Wo möglich,

2

EINE LEBENSWERTE STADT

will Volt Braunschweig dafür eintreten, diese „Wohlfühlumgebung“ zu verbessern.

Außerdem möchte sich Volt Braunschweig für eine kostenlose Öffnung der Museen Braunschweigs an festzulegenden Tagen im Monat einsetzen, um das Interesse für diese existierenden Bildungsangebote zu erhöhen.

Um auch den Aufenthalt mit Kindern in der Innenstadt zu fördern und zu verbessern, sollen in der **Innenstadt kleine Spielplätze** eingerichtet werden. Diese schaffen, verbunden mit familienfreundlichen Verweilmöglichkeiten, zB. Cafés und Restaurants, Raum für Familien in unserer Stadt.

2.6 Braunschweiger Nachtleben

Dass das Nachtleben in Braunschweig ebenso ein Teil der **kulturellen Vielfalt der Stadt** ist, wird zumeist vernachlässigt. Im letzten Jahr mussten besonders innerstädtisch viele Kneipen und Clubs der Stadt aufgrund der Corona-Pandemie schließen. Volt Braunschweig will die Kneipen- und Clubszene als vollwertigen Teil der städtischen Kulturlandschaft anerkennen. Um gleichzeitig auch auf die Anliegen der Anwohner*innen einzugehen, plädiert Volt für die Ernennung eines*einer sogenannten **„Nachtbürgermeister*in“**, wie es in Mannheim, Heidelberg oder Amsterdam bereits erfolgreich realisiert wurde: Diese Person agiert vermittelnd zwischen Kulturschaffenden, Veranstalter*innen, Anwohner*innen sowie Politik und Verwaltung. Dadurch wird das Braunschweiger Nachtleben belebt und Konflikte zwischen Akteur*innen abgemildert oder verhindert.

3

EINE NACHHALTIGE MOBILITÄT

Mobilität ist ein entscheidender Faktor für das Leben in einer Stadt und ihrem Umland. In unserer Region prägt Mobilität nicht nur das Stadtbild, sondern ist ein essentieller Bestandteil der Wirtschaft, des Alltagslebens und der Forschung. Im Zuge der **Mobilitätswende** bietet sich für Braunschweig die Gelegenheit, neue Konzepte für ein **umweltfreundliches und soziales Verkehrsangebot** zu schaffen und bestehende Modelle aus ganz Europa intelligent zu verknüpfen. Dadurch wird unsere Stadt zu einem Vorbild für die ganze Welt.

Wir möchten es den Menschen ermöglichen auf das Auto zu verzichten, indem sie im Alltag zu Fuß, mit ihrem Fahrrad oder dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sicher, schnell und zuverlässig an ihr Ziel gelangen. Dazu benötigen wir unter anderem ein **Umdenken in der Stadtplanung**, damit die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer*innen ausreichend berücksichtigt werden.

Neben dem Neubau von Infrastruktur, wie zum Beispiel **Velorouten**, ist auch eine regelmäßige **Überprüfung der bestehenden Verkehrswege** nötig. Dadurch kann bewertet werden, wie sich die aktuelle Situation durch Vorbilder wie zum Beispiel Kopenhagen oder Amsterdam verbessern lässt, oder welche Maßnahmen besonders positive Veränderungen bewirkt haben.

Im Mittelpunkt steht für uns das Ziel, eine **lebenswerte Stadt für alle** zu gestalten.

3.1 Fußverkehr

Die Fortbewegung zu Fuß ist die natürlichste und einfachste Art der Mobilität. Zusätzlich ist sie gesundheitsfördernd und erhöht die Lebensqualität. Damit ist der Fußverkehr auch die **nachhaltigste Fortbewegungsart**. Alle Verkehrsbeteiligten legen zumindest einen Teil ihrer Wege zu Fuß zurück, unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel – dennoch wird in Braunschweig Fußgänger*innen oft nur ein kleiner Randstreifen entlang großer Autostraßen gewährt. Volt Braunschweig will **Fußwege attraktiver und sicherer machen** und dafür sorgen, dass der Fußverkehr

nicht immer nur ein Nebengedanke der Verkehrsplanung ist, sondern ein integraler Teil davon.

Dafür fordert Volt Braunschweig direkte Maßnahmen, die zu einer höheren Sicherheit und einem leichteren Zugang für Verkehrsbeteiligte führen, und indirekte Maßnahmen, die die Attraktivität der Fußwege und ihrer Umgebung erhöhen.

Grundlegend notwendig sind zum einen **breite Gehwege**. Diese sorgen nicht nur für eine höhere Sicherheit, sondern ermöglichen auch Menschen mit Kinderwagen, Gehhilfen oder Rollstühlen eine unkomplizierte Nutzung des städtischen Verkehrsraumes. Dies muss im Neubau mitgedacht werden und kann im Bestand zum Beispiel durch die Schaffung separater Radwege geleistet werden. Zusätzlich muss aber auch dafür gesorgt werden, dass vorhandene Wege nicht durch Lieferverkehr, Fahrräder oder E-Scooter blockiert werden. Dafür müssen alternative Parkmöglichkeiten geschaffen und die bestehenden Parkregeln stärker kontrolliert werden, um die **Passierbarkeit der Wege** zu garantieren.

Außerdem muss die Fortbewegung zu Fuß in einer deutlich **angenehmeren Umgebung** stattfinden. Maßnahmen wie Fassadenbegrünung, das Begrünen versiegelter Flächen und die Reduktion von Umgebungs- und Verkehrslärm erhöhen die Attraktivität des Fußverkehrs enorm. Eine weitere Maßnahme ist ein **übersichtliches Wegweisersystem**, wie es zum Beispiel die spanische Stadt Pontevedra hat. Diese Stadt, welche inzwischen als Vorzeigestadt für eine moderne Gestaltung des Fußverkehrs gilt, hat einen Wegeplan entwickelt, der ähnlich einem ÖPNV-Fahrplan die Distanz zwischen verschiedenen wichtigen Orten in Fußminuten anzeigt. Kombiniert mit mehreren Wegweisern kann so ein Plan auch in Braunschweig ortsfremde Menschen zum Zufußgehen ermutigen.

Best Practice: Pontevedra

Pontevedra in Spanien gilt seit 1999 als die Vorzeigestadt für den Fußverkehr. Eines der Erfolgsrezepte: ein gutes Wegweisersystem, metrominuto genannt, das die Entfernungen in Kilometern und Minuten angibt.

3

EINE NACHHALTIGE MOBILITÄT

3.2 Radverkehr

Das **Fahrrad ist die Zukunft der Mobilität** in Braunschweig und unserer Region. Der Umstieg aufs Rad bietet zahlreiche Vorteile: Radfahren ist auf kurzen Strecken am schnellsten, es ist gesünder, flexibler, kostengünstiger, es entstehen dadurch keine Staus, es ist emissions- und lärmfrei und der Bau der Infrastruktur ist um ein Vielfaches günstiger⁷.

Bis 2030 soll es möglich sein, dass alle Menschen, die körperlich dazu in der Lage sind, in unserer Stadt ihre Wege vorzugsweise mit dem Fahrrad zurücklegen. Wir wollen in den nächsten Jahren auf dem vom Braunschweiger Stadtrat beschlossenen Radentscheid aufbauen und die nötigen Strukturen schaffen, um ein **nachhaltiges Radverkehrsnetz** in unserer Stadt zu etablieren.

3.2.1 Kurzfristige Maßnahmen

2020 wurde im Stadtrat das **Maßnahmenpaket des Radentscheides Braunschweig** angenommen. Dieser Plan muss zeitnah in die Tat umgesetzt werden. Allerdings muss es neben der langfristigen Planung auch Maßnahmen geben, die kurzfristig und direkt einen positiven Effekt auf den Radverkehr in Braunschweig haben.

Innerhalb der Okerumflut sollen auf zwei Spuren jeder vierspurigen Straße **Pop-Up-Radwege** eingerichtet werden. Dort sollen über mehrere Wochen hinweg Verkehrserhebungen stattfinden. Sollte diese Nutzung der Flächen von den Verkehrsteilnehmer*innen angenommen werden, setzen wir uns für eine permanente Umwidmung dieser Flächen für den Radverkehr ein.

Ein wichtiger Faktor bei der Wahl des Verkehrsmittels ist das **Sicherheitsbedürfnis**. Um dem gerecht zu werden, müssen Verstöße gegen geltende Regeln konsequenter geahndet werden.

⁷ Vgl. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/nachhaltige-mobilitaet/radverkehr#vorteile-des-fahrradfahrens>

Dazu gehört zum Beispiel das Falschparken auf Rad- und Gehwegen und eine verstärkte Nutzung von Ampelblitzern. Aber auch Verstöße von Fahrradfahrer*innen gegen Regeln sind zu ahnden.

In der Innenstadt soll ein **ganzheitliches Konzept für Fahrradabstellanlagen** entwickelt werden. So sollen hochwertige Anschlussmöglichkeiten dort geschaffen werden, wo sie nötig sind. Für Neubauten sollen nach Vorbild der Niederlande nur dann Baugenehmigungen erteilt werden, wenn eine Mindestanzahl an Radstellplätzen eingeplant ist. Das möchten wir in einer Fahrradstellplatzsatzung regeln. Für Bestandsbauten soll es eine Förderung für das Nachrüsten mit Abstellanlagen geben.

Desweiteren ist an vielen Stellen in Braunschweig die **Wegführung für den Radverkehr** nicht eindeutig. Die führt zu Frustration der Radfahrenden, bietet Konfliktpotential mit anderen Verkehrsteilnehmer*innen und senkt die Sicherheit im Straßenverkehr. Hier muss kurzfristig durch zusätzliche Beschilderung und Markierungen, sowie mittelfristig durch bauliche Maßnahmen für eine **klare Verkehrslage** gesorgt werden.

3.2.2 Ausbau der Infrastruktur

In der Vergangenheit wurde Infrastruktur in Braunschweig hauptsächlich mit einem Fokus auf den Autoverkehr geplant. Zukünftig soll sich das ändern und das **Fahrrad in der Stadtplanung** mehr Beachtung finden.

Kurzfristig möchten wir mit **effektiven, kosteneffizienten Maßnahmen** die Sicherheit und den Komfort für Fahrradfahrer*innen erhöhen. Dazu gehören zum Beispiel eine Anpassung von Ampelschaltungen und die Installation von Trixi-Spiegeln an schlecht einsehbaren oder anderweitig gefährlichen Kreuzungen und Einmündungen, um LKW-Fahrer*innen eine Einsicht des toten Winkels zu ermöglichen. Für Verkehrsstudien möchten wir darüber hinaus vorläufige Velorouten oder Pop-Up-Bikelanes einrichten und den Bürger*innen die Möglichkeit geben, mit einer fahrradgerechten Wegführung Erfahrungen zu sammeln.

Langfristig soll das **Verkehrsnetz in Braunschweig grundlegend überarbeitet** und modernen Standards angepasst werden. So sollen zum

Beispiel neue Radwege von Autofahrspuren getrennt gebaut und bestehende verbreitert werden. Außerdem sollen neue Kreuzungen und Kreisverkehre mit **Schutzinseln** ausgestattet werden, um die Sicherheit für Radfahrende zu erhöhen. Verkehrsknoten müssen mehr Sicherheit für Radfahrer gewährleisten und bei Bedarf ebenfalls baulich angepasst werden. Des Weiteren müssen vor allem in der Innenstadt mehr Flächen nicht nur für Radfahrstraßen, sondern auch für **sichere Abstellflächen** bereitgestellt werden. Dafür können teilweise PKW-Parkplätze umgebaut werden. So können besonders im Bereich der Okerumflut bereits versiegelte Flächen genutzt und Grünflächen erhalten werden. An Verkehrsknotenpunkten wie dem Hauptbahnhof soll zudem eine Fahrradstation mit mindestens 2000 Fahrradstellplätzen gebaut werden.

3.2.3 Velorouten

Um den Erfolg der **Mobilitätswende** in Braunschweig zu garantieren, ist eine ausgebaut und verbesserte Fahrradinfrastruktur essentiell. Deswegen ist der Aufbau eines flächendeckenden **Veloroutennetzes** unverzichtbar. Ein solches Veloroutennetz schafft die Möglichkeit, die verschiedenen Stadtteile Braunschweigs sowie der Region umweltbewusst zu verbinden und macht den Radverkehr sicherer und attraktiver. Andere Städte wie zum Beispiel Amsterdam oder Kopenhagen zeigen seit Jahren, wie angemessene Investitionen in die Fahrradinfrastruktur die **Lebensqualität** in einer Stadt steigern können. Wir möchten aus den Erfahrungen unserer europäischen Nachbar*innen lernen und vielversprechende Konzepte auch in Braunschweig umsetzen.

Bis 2026 soll ein Veloroutennetz auf der Grundlage des beschlossenen Radentscheides in alle Richtungen ausgeweitet werden und die umliegenden Ortschaften anbinden. Der Ausbau des Ringgleises hat gezeigt, wie schnell vernünftige Fahrradinfrastruktur gebaut werden kann, wenn der politische Wille vorhanden ist. Um Radfahrenden möglichst schnell durchgehende Velorouten anbieten zu können, möchten wir bestehende Fahrradstraßen vorübergehend zu Velorouten umwidmen.

3

EINE NACHHALTIGE MOBILITÄT

Für den langfristigen Ausbau eines Veloroutennetzes, das **alle Ziele unserer Region möglichst effizient verknüpft**, wollen wir auf dem Vorschlag der Initiative Fahrradstadt Braunschweig⁸ aufbauen.

Deutschland hinkt beim Radverkehr hinter anderen Ländern hinterher, aber auch in anderen Ländern ist nicht alles perfekt. Umfangreiche Modellprojekte bieten die Möglichkeit, neue Standards zu entwickeln und aus Braunschweig ein Vorbild für ganz Europa zu machen.

3.2.4 Fahrradetat

Die Umsetzung von ambitionierten Plänen für den Radverkehr braucht **Planungssicherheit**. Deshalb setzen wir uns dafür ein, für den Ausbau der Fahrradinfrastruktur in unserer Stadt einen festen Betrag im Haushalt der Stadt zu reservieren. So ist es möglich, die notwendigen Maßnahmen in den nächsten Jahren zu finanzieren und auch langfristige Projekte planmäßig umzusetzen. Die derzeitigen **Ausgaben im Radverkehr sollen zeitnah ermittelt und unter regelmäßiger Bedarfsprüfung deutlich erhöht werden**. Dabei orientieren wir uns an den Ausgaben in Kopenhagen (jährlich 35€ pro Einwohner*in), da in den nächsten Jahren große Investitionen notwendig sind.

Darüber hinaus möchten wir in der Verwaltung neue Strukturen schaffen, die in Zukunft die Aufgaben, die mit dem Ausbau des Radverkehrs verbunden sind, übernehmen können. Dazu zählen zum Beispiel die Erhöhung der personellen Kapazitäten im Dezernat für Stadtplanung und Verkehr sowie eine **bessere Digitalisierung und Verknüpfung der Institutionen**.

3.3 ÖPNV

Neben Fuß- und Radverkehr ist auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eine nachhaltige Option, um in Braunschweig schnell von einem Ort zum anderen zu gelangen.

⁸ Vgl. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/nachhaltige-mobilitaet/radverkehr#vorteile-des-fahrradfahrens>

Mittelfristig soll es den Menschen in unserer Stadt möglich sein, die meisten Wege ihres Alltags auf diese Weise zurückzulegen und somit auf das eigene Auto zu verzichten.

Es bedarf einer Vielzahl an Maßnahmen, um den ÖPNV attraktiver und verfügbarer zu machen.

3.3.1 Attraktivität

In Braunschweig soll es allen Menschen möglich sein, den ÖPNV zu nutzen. Dafür braucht es neben einem flächendeckenden Netz einen angemessenen Preis und eine ausreichende Barrierefreiheit.

Immer mehr Städte führen ein **365€-Ticket** nach dem Vorbild Wiens ein. Damit können Schüler*innen, Auszubildende und Senior*innen mit einem Jahresticket für umgerechnet einen Euro pro Tag den Nahverkehr in der Region nutzen. Langfristig kann das Konzept ausgeweitet werden, damit alle Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit haben, günstig den ÖPNV zu nutzen. Das setzt aber voraus, dass dadurch auch in Braunschweig ein Umstieg vom Auto zu anderen Verkehrsmitteln erreicht wird. Außerdem muss sichergestellt sein, dass der **Netzausbau und die Modernisierung der nötigen Infrastruktur** finanziell gesichert sind und nicht unter günstigeren Ticketpreisen leiden.

Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Fahrzeug und jede Haltestelle in unserer Region die nötigen Voraussetzungen erfüllt, damit auch Personen mit einer körperlichen Einschränkung sich frei und eigenständig mit dem ÖPNV bewegen können. Der Bund und die EU geben hier bereits Richtlinien vor: So ist zum Beispiel die Umsetzung der **Barrierefreiheit** im öffentlichen Personennahverkehr bis zum 01.01.2022 gesetzlich festgeschrieben. Diese Vorgaben müssen aber besser und konsequenter umgesetzt werden.

In Braunschweig sind Busse, Straßenbahnen und die Haltestellen ein etablierter Teil des Stadtbildes. Wenn das **ÖPNV-Angebot** in Zukunft ausgebaut wird, soll dadurch auch die Lebensqualität in der Stadt verbessert werden. Neben weniger Autoverkehr durch ein besseres Nahverkehrsangebot

kann dies auch durch eine **Mehrzweckgestaltung der Infrastruktur** erreicht werden. So können Haltestellen durch Begrünung, Photovoltaikanlagen, übersichtliche Fahrpläne und gute Sitzgelegenheiten aufgewertet werden. Außerdem können entsprechende bauliche Maßnahmen an vielbefahrenen Kreuzungen die Sicherheit von Fahrgästen erhöhen.

3.3.2 Verfügbarkeit

Der **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes** ist der wichtigste Aspekt, um möglichst vielen Menschen die Nutzung dieses Verkehrsmittels zu ermöglichen. Letztendlich können nur diejenigen mit dem Bus oder der Straßenbahn fahren, für die eine angemessene Verbindung besteht. In Braunschweig haben wir in der **Innenstadt** ein dichtes Netz aus verschiedenen Linien, aber im **Umland** ist das vorhandene Angebot teilweise unzureichend.

Zusätzlich zu dem Ausbau der bestehenden Linien, zum Beispiel durch einen höheren Takt, ist auch eine **bessere Verbindung der Randgebiete** untereinander erforderlich. Um das zeitnah mit den bestehenden Ressourcen umsetzen zu können, ist die Nutzung von **modernen Stadtplanungsmethoden** nötig. So kann mit ausreichend Informationen über das aktuelle Angebot und Nutzungsverhalten eine Optimierung der Busrouten erreicht werden; beispielsweise mithilfe von künstlicher Intelligenz (KI).

Weiterhin erfordert eine erhöhte Nutzung die **Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln**. Neben Park&Ride-Möglichkeiten muss auch der Umstieg zwischen dem Fahrrad und Carsharing-Angeboten oder dem ÖPNV deutlich vereinfacht werden. Dazu müssen ausreichend Fahrradabstellanlagen und langfristig auch **Fahrradparkhäuser**, zum Beispiel an Hauptbahnhof, Rathaus und Stadion, eingeplant werden. Auch die **Mitnahme von Fahrrädern** in Bus und Bahn muss vereinfacht werden.

3

EINE NACHHALTIGE MOBILITÄT

Best Practice: Boston

In der Stadt Boston in den USA wurde 2019 ein Algorithmus zur Planung der Routen für die 650 Schulbusse genutzt. Damit sollte eine Reduktion der Kosten für Treibstoff und Instandhaltung erreicht und zusätzlich die Belegschaft entlastet werden. Ein Team des Massachusetts-Instituts für Technologie (MIT) hatte diesen Algorithmus entwickelt, der für die Neuberechnung der Routen lediglich 30 Minuten gebraucht hat. Das hat zu jährlichen Einsparungen von 5 Mio. US-Dollar und 1,6 Mio km Strecke geführt. Letzteres führte zusätzlich zu 9.000 kg weniger CO₂-Emissionen täglich.

3.3.3 Modernisierung und Nachhaltigkeit

Der ÖPNV ist ein wirksames Mittel gegen den Klimawandel und eine hohe Feinstaubbelastung. Bereits jetzt können durch die Nutzung von Bus und Bahn Ressourcen gespart und die Umwelt geschont werden. Für eine langfristig **klimaneutrale Stadt** ist nicht nur ein umfassendes Nahverkehrsangebot mit den bestehenden Fahrzeugen nötig, sondern auch die **Elektrifizierung und Modernisierung** aller Busse. Bereits seit Anfang 2014 fahren in Braunschweig Elektrobusse mit induktiver Ladetechnik. In den nächsten Jahren sollen vermehrt Busse mit rein elektrischem Antrieb erworben werden. Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass der Strom für den ÖPNV aus **regenerativen Energiequellen** stammt.

3.4 Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Das Auto war für eine sehr lange Zeit die zentrale Grundlage für die Verkehrsplanung auch in Braunschweig. Es galt als Statussymbol und als ultimative Möglichkeit, die eigene Freiheit zu gestalten. Dabei ist der motorisierte Individualverkehr sehr flächenintensiv, energieineffizient und das klima- und umweltschädlichste Fortbewegungsmittel innerhalb von Braunschweig. Es gibt nur wenige Anwendungsbereiche, beispielsweise im Transport von Waren oder bei der Fortbewegung von körperlich beeinträchtigten Personen, in denen keine nachhaltigeren Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Deswegen will Volt Braunschweig **Alternativen**

zum **MIV** schaffen und fördern und dort, wo das nicht möglich ist, die schädlichen Auswirkungen reduzieren.

3.4.1 Das Houten-Modell für Braunschweig

Houten ist eine Stadt in den Niederlanden, die seit den 1970ern einen verstärkten **Fokus auf Radfahren** in der Stadtplanung legt. Einen zentralen Teil der Verkehrsplanung in Houten macht der Umgang mit Autoverkehr in der Gemeinde aus. Um von einem Stadtteil in einen anderen zu gelangen, müssen Autos hier über einen **Rundweg** fahren, der einmal um die Gemeinde führt. Dadurch bleibt der Stadtkern von lautem Durchgangsverkehr verschont. Gleichzeitig ermöglichen Rad- und Fußwege direkte und einfache Verbindungen zwischen den verschiedenen Bezirken.

Volt Braunschweig erwartet, dass der **Braunschweiger Ring** eine ähnliche Funktion wie der Rundweg in Houten bieten kann und eine ausreichende **Alternative zum Durchgangsverkehr** durch die Innenstadt und die umliegenden Ringgebiete darstellt. Durch die **Umwidmung von Spuren** der mehrspurigen Straßen innerhalb der Okerumflut für den Radverkehr und eine **konsequente Senkung der Maximalgeschwindigkeit** innerhalb des Rings und in Wohngebieten auf 30 km/h wird der Autoverkehr verringert, ohne den Zugang komplett zu verbieten. Gleichzeitig erhöht diese Maßnahme auch die **Sicherheit** und senkt die Anzahl verletzter und toter Verkehrsteilnehmer*innen. So hat es die Stadt Helsinki unter anderem durch die Reduktion der Maximalgeschwindigkeit geschafft, die Anzahl Verkehrstoter im Jahr 2019 auf Null zu reduzieren; im gleichen Zeitraum hatte die Stadt Braunschweig mit weniger als der Hälfte der Einwohner*innen 11 Verkehrstote im Stadtgebiet.

Best Practice: Houten

In Houten in den Niederlanden gibt es viele Direktverbindungen für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen, jedoch nicht für den Kfz-Verkehr. Dadurch werden kurze Wege kaum mit dem Auto zurückgelegt. 2013 wurden 44% der Wege in Houten mit dem Rad zurückgelegt. Damit ist Houten Weltspitze.

3.4.2 Sharing-Dienste und Elektromobilität

Dort, wo es derzeit noch keine Alternative zum motorisierten Individualverkehr gibt, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dessen negative Auswirkungen zu reduzieren.

Das durchschnittliche Auto steht 23 Stunden pro Tag still. Dabei verbraucht es Parkplätze, auch dort, wo Platz Mangelware ist. Diesem kann zum Beispiel durch **Car-Sharing** entgegengewirkt werden. Deswegen will Volt Braunschweig Konzepte der Shared Mobility fördern.

Des Weiteren sollte in Braunschweig die **Elektromobilität gefördert** werden. Dabei soll die Stadt Braunschweig mit gutem Beispiel vorangehen. Volt fordert, dass die Fahrzeuge in öffentlicher Hand zeitnah durch Elektrofahrzeuge ausgetauscht werden. Um die Nutzung von Elektrofahrzeugen langfristig attraktiver werden zu lassen, muss die **Lade-Infrastruktur** stark ausgebaut werden. Für derartige Investitionen aus öffentlichen Mitteln ist es die Aufgabe der Stadt, sich aktiv um Bundesmittel aus bereits bestehenden Förderprogrammen zu bemühen.

3.5 Ein ganzheitliches Verkehrskonzept

Es reicht allerdings nicht, die einzelnen Verkehrsmittel isoliert zu betrachten oder gegeneinander auszuspielen. Um eine **sozialverträgliche und nachhaltige Mobilitätswende** zu ermöglichen, ist ein ganzheitliches Verkehrskonzept für Braunschweig notwendig.

Dafür sind besonders die **Verbindungs- und Kontaktpunkte** zwischen diesen Verkehrsmitteln sehr wichtig. Es sind Park&Ride-Parkplätze außerhalb von Braunschweig notwendig, damit die Innenstadt einfach mit dem ÖPNV erreichbar ist. Haltestellen des ÖPNV müssen ganz selbstverständlich mit **Fahrradabstellanlagen** ausgerüstet sein, um einen fließenden Übergang zu ermöglichen. Auch Busse und Straßenbahnen müssen so ausgelegt werden, dass die **Fahrradmitnahme** einfach möglich ist.

Damit diese Kontaktpunkte für Bürger*innen nachvollziehbar und einfach zu nutzen sind, fordert Volt Braunschweig die **Zusammenführung**

3

EINE NACHHALTIGE MOBILITÄT

verschiedener Mobilitätsanbieter nach dem Vorbild der Jelbi-App der Berliner Verkehrsbetriebe.

Um die Auswirkungen auf alle Verkehrsteilnehmenden mit einzubeziehen, fordert Volt Braunschweig, dass Verkehrsprojekte in Braunschweig in Zukunft immer in einem **Gesamtkonzept** gedacht und geplant werden. Als Grundlage für diese Entscheidungen muss es eine **datenbasierte Entscheidungsfindung** geben. Im Rahmen von regelmäßigen Verkehrserhebungen zu allen Formen der Mobilität nach dem Vorbild Kopenhagens müssen die Auswirkungen von Infrastrukturprojekten evaluiert werden. Anhand dieser bisher fehlenden Evaluation können dann weitere Schritte neu bewertet und angepasst werden. Nur so können die effizientesten Wege zu einer **nachhaltigen Mobilität in Braunschweig** gefunden und Investitionen an den richtigen Stellen getätigt werden.

Best Practice: Berlin

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) haben in der Jelbi-App die verschiedenen Mobilitätsanbieter zusammengeführt. Der Umstieg und das Erkennen des besten Angebots für den jeweiligen Weg wird so spielend leicht: Bus, Bahn, Roller, Fahrrad, Auto, Ridesharing und Taxi sind in einem Angebot gebündelt.

4

EINE OFFENE BILDUNGSLANDSCHAFT

Bildung ist die Grundlage unserer Zukunft, aber diese Zukunft steht nicht allen Kindern gleichermaßen offen. Internationale Vergleichsstudien bemängeln seit Jahrzehnten die ungleichen Chancen von Schüler*innen in Deutschland für das Erreichen eines entsprechenden Bildungsabschlusses. Dies liegt wesentlich an den ungleichen Startbedingungen, die Schüler*innen aufgrund ihrer unterschiedlichen Herkunft mitbringen. Expert*innen raten, dass Deutschland eine bessere soziale Durchmischung in den Schulen herstellen muss, was in anderen Ländern zu mehr Chancengerechtigkeit geführt hat.⁹ Soziale Ungerechtigkeit entsteht bisher insbesondere durch eine unzureichende Förderung von Kindern mit besonderen Belastungen und mangelnden Sprachkenntnissen in der frühkindlichen Bildung und der Primarstufe sowie durch die frühe Selektion nach der vierten Klasse, durch welche Schul- und Lebenskarrieren stark bestimmt werden.

4.1 Investitionen in eine inklusive Bildung

Ein gutes Bildungssystem soll kein Kind ausgrenzen, sondern alle jungen Menschen in ihrer Vielfalt einbeziehen und optimal fördern, egal, woher sie kommen oder welche Voraussetzungen sie mitbringen. Es ist eine Kernaufgabe jeder Kommune, Bildung in einem weit gefassten Sinn des Wortes **inklusiv** zu gestalten: Von der Kita bis zur Sekundarstufe I sollen **gleiche** Chancen für Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen Herkunft bestehen. Die Stadt Braunschweig soll daher gezielte individuelle Förderung ermöglichen, um bestehende Nachteile auszugleichen. Hierfür sind entsprechende Investitionen nötig.

4.1.1 Digitalisierung in der Bildung

Wir sehen die **Kommune mit in der Verantwortung**, durch den Einsatz von aktueller, funktionierender Hardware und Software in den Schulgebäuden und Klassenräumen dem digitalen Wandel der Gesellschaft gerecht zu werden.

⁹ Vgl. Hopf, Wulf: Bildung, chancengleiche Konkurrenz und gleiche gesellschaftliche Teilhabe, in: WSI-Mitteilungen 4/2011, [online].

4

EINE OFFENE BILDUNGSLANDSCHAFT

Kinder und Jugendliche werden so an einen kompetenten und verantwortungsvollen Umgang mit technischen Möglichkeiten herangeführt. Dabei müssen Lehrkräfte lernen, wie sie digitale Tools in den Lernprozess der Schüler*innen passend einbinden können.

Während der Corona-Pandemie ist deutlich geworden, dass wir das Thema Digitalisierung im Bildungssektor zu lange vernachlässigt haben. Auf die Schulschließungen im März 2020 waren viele Schulen technisch und didaktisch nicht vorbereitet. Teilweise brach der Kontakt zwischen Schüler*innen und ihren Lehrkräften ganz ab. Als im Winter die Schulen flächendeckend auf Online-Unterricht umstellten, war wiederum die Verwaltung überrascht. Weder die Datenübertragungsraten noch die Lernplattformen der Schulen waren dem hohen Nutzer*innen-Aufkommen gewachsen. Nur sehr langsam rüstete die Verwaltung die Schulen besser aus. Darunter litten und leiden vor allem Schüler*innen in beengten Wohnverhältnissen und ohne eigenen Computer. Private Initiativen wie „Hey, Alter!“ sprangen kurzfristig ein. Sie organisieren die Verteilung und Wartung von Lernmitteln und stellen Lernräume für ein konzentriertes Arbeiten zur Verfügung.

Wir fordern, dass alle Schulen mit **adäquater Hardware, Software und einer belastbaren Internetverbindung** ausgestattet werden. Die Kommune muss ihren Teil dazu beitragen, dass der Digitalisierungsschub, den die Corona-Pandemie ausgelöst hat, nicht wieder verpufft. Hierfür ist ein Breitbandanschluss für jede Schule zwingend erforderlich. Der Digitalpakt eröffnet weitere Investitionen in digitale Infrastruktur; allerdings brauchen die Schulen Unterstützung bei der Bedarfsanalyse und bei der Beantragung der Fördergelder. Mit einer **kommunalen Beratungsstelle** soll daher die Verwaltung proaktiv auf Schulen zugehen und sie professionell im Antragsprozess begleiten.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Einarbeitung, Fortbildung und kontinuierliche Begleitung von Lehrkräften ein, damit **digitale Unterrichtskonzepte** erfolgreich etabliert werden können, unter selbstverständlicher Wahrung moderner Datenschutzregeln. Allerdings sehen

wir es nicht als Aufgabe der Lehrkräfte, für einen reibungslosen IT-Betrieb zu sorgen: Dies muss durch andere Ressourcen wie interne oder externe Dienstleister*innen, zum Beispiel in Form eines betriebsüblichen IT-Helpdesks, gewährleistet werden.

4.1.2 Ausbau der städtischen Krippenplätze und Gebührenfreiheit

Wenn Kinder in der Gemeinschaft anderer Kinder aufwachsen, erwerben sie soziale Kompetenzen, die die Grundlage demokratischer Bildung ausmachen. Nur 38% der Braunschweiger Kinder unter drei Jahren besuchen eine Krippe oder Tageseltern. Kinder mit Migrationshintergrund sind hierbei stark unterrepräsentiert. Dies kann dazu führen, dass sie erst später das Deutsche als Zweitsprache erwerben, teilweise erst in der Grundschule, wo sie dem Unterricht schwerer folgen können.

Volt strebt einen **Ausbau der Tagespflege** und vor allem der Krippen weit über die derzeitige Zielmarke von 45% hinaus an, die der Rat der Stadt Braunschweig bis 2022 festgesetzt hat.¹⁰ Volt setzt sich außerdem für einen Stufenplan zur **Abschaffung der Krippengebühren** ein, beginnend mit Geringverdienenden. Ebenfalls soll geprüft werden, inwiefern ein Gleitzeitmodell in Krippen und Kitas den Tagesablauf von Familien entspannt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt.

4.1.3 Mehr Erzieher*innen für Braunschweig

Um Krippenplätze auszubauen, brauchen wir pädagogisches Personal. Die Corona-Pandemie hat außerdem gezeigt, wie sehr schon jetzt die Beschäftigten in Kitas an ihre Belastungsgrenzen gehen. Wir möchten den **Personalschlüssel** in Krippen und Kitas **senken**, indem wir den Beruf attraktiver machen. Mit **städtischen Ausbildungsstipendien** wollen wir Auszubildenden eine Vergütung ermöglichen, die sich am Höchstsatz des Schüler*innen-Bafögs orientiert, egal ob in städtischen Einrichtungen oder solchen freier Trägerschaften. Wer eine duale Ausbildung macht, soll bei Bedarf bis zum Höchstsatz des Schüler*innen-Bafögs aufstocken können.

4

EINE OFFENE BILDUNGSLANDSCHAFT

Freiwillige aus den europäischen Nachbarländern sollen zur Unterstützung des pädagogischen Personals an Kitas und Schulen vermittelt werden, zum Beispiel im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes.

4.1.4 Stärkung der Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit soll an allen Schulen gestärkt werden. Mittelfristig setzen wir uns für einen Personalschlüssel von einer Vollzeitstelle auf 150 Schüler*innen ein. Schulsozialarbeiter*innen sollen grundsätzlich unbefristet angestellt und nach Tarif entlohnt werden. Für eine angemessene räumliche und sächliche Ausstattung ist an allen Schulen zu sorgen.

4.1.5 Räumliche Voraussetzungen für Inklusion schaffen

Ein Klassenraum pro Klasse – seit 200 Jahren bauen wir Schulen für das Lernen im Gleichschritt. Aber in einem inklusiven Unterricht brauchen die Schüler*innen Gelegenheiten, individuelle Aufgaben und Projekte auch abseits des Klassenraums und in wechselnden Lerngruppen zu bearbeiten, auch klassen- und jahrgangsübergreifend. Im Rahmen anstehender Schulsanierungen und darüber hinaus wollen wir bauliche Voraussetzungen für **flexible Lernlandschaften** und **inklusive Unterricht** schaffen. Außerdem wollen wir alle Schulen zügig barrierefrei umbauen. Denn eine Behinderung darf kein Kriterium bei der Schulwahl sein.

Best Practice: Alemannenschule in Wutöschingen

Aus der Not sinkender Schüler*innenzahlen heraus wurde hier 2009 vom Land Baden-Württemberg gefördert ein Um- und Neubau der Schulgebäude samt einem vollkommen neuen Lehrkonzept, das an das Landeskonzept der Gemeinschaftsschule anknüpft, umgesetzt. Fernab jeglicher klassischer Schulstrukturen und gefördert durch die digitale Lernplattform „DiLer“ ist aus der Alemannenschule so ein Erfolgsprojekt geworden, das 2019 mit dem „Deutschen Schulpreis“ ausgezeichnet wurde.

4.2 Modernisierung des Schulsystems

Eine offene Bildungslandschaft erfordert neben Investitionen den Mut zu **progressiven Reformen**. Wir brauchen günstige Rahmenbedingungen

für ein Bildungssystem mit wenigen Übergängen und gleichen Lern- und Entwicklungsbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen. Volt Deutschland setzt sich daher für eine konzertierte, länderübergreifende Schultransformation nach dem Vorbild skandinavischer Länder über einen Zeitraum von 10 Jahren ein. Anstatt frühzeitig auf sozial homogene Schulformen verteilt zu werden, sollen Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Milieus und mit unterschiedlichen Fähigkeiten gemeinsam in autonomen, stärker profilierten Schulen der Zukunft unter dem Dach einer einzigen, gemeinsamen Schulform lernen und leben. Je nach individueller Neigung und Leistungsvermögen sollen sie differenzierte Lernangebote nutzen können, die ihnen ermöglichen, individuelle Stärken systematisch und reflektiert auszubauen.

4.2.1 Gebundene statt offene Ganztagschulen

Ganztagschulen schaffen mit musisch-künstlerischen, sportlichen und vielfältigen anderen Angeboten breite Möglichkeiten dafür, dass sich Schüler*innen nach ihren Neigungen entfalten. Mit umfassender **individueller Förderung** können sie die Bildungschancen benachteiligter Schüler*innen verbessern. Allerdings verfügen von 39 Grundschulen in Braunschweig derzeit erst 17 über ein Ganztagsangebot.¹¹ Und das 2007 beschlossene Braunschweiger Modell verfolgt in erster Linie das Ziel, offene Ganztagsangebote zu schaffen, das heißt solche, die nur von einem Teil der Schüler*innen auf freiwilliger Basis besucht und im Wesentlichen von freien Trägerschaften der Kinder- und Jugendhilfe erbracht werden. Gebundene Ganztagskonzepte erlauben dagegen, die traditionelle Rhythmisierung des Schulalltags zu durchbrechen. Sie kommen der Konzentrationsfähigkeit und dem Bewegungsdrang von Kindern stärker entgegen. Sie bieten mehr Möglichkeiten, Unterricht und Ganztag miteinander zu verzahnen, und erreichen alle Schüler*innen verpflichtend – zum Beispiel mit gezielter Sprachförderung.

¹¹ Vgl. Stadt Braunschweig: Ganztagschulen, [online].

Volt setzt sich daher für eine **Reform des Braunschweiger Modells** ein: Beim weiteren Ausbau des Ganztagsangebots soll die gebundene Ganztagschule der Regelfall werden.

Zusätzlich sollen alle Grundschulen zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Mit dem derzeitigen Ratsbeschluss, pro Jahr an zwei Grundschulen ein Ganztagsangebot einzurichten, werden frühestens 2030 alle Grundschüler*innen von individueller Förderung am Nachmittag profitieren. Wir setzen uns dafür ein, diesen Prozess zu beschleunigen.

4.2.2 Aktive Gestaltung der Schullandschaft

Seit Jahren zeigt sich ein bundesweiter Trend: Das sozial ungerechte, spezifisch deutsche gegliederte Schulsystem löst sich auf, weil immer weniger Eltern ihre Kinder an einer Hauptschule und immer mehr an einem Gymnasium anmelden. Diesen Prozess gilt es zu begleiten. Das Land Niedersachsen versucht, die Nachfrage nach Hauptschulen mit einer stärkeren Profilierung auf Berufsorientierung zu erhalten. Andere Länder, aber auch Kommunen in Niedersachsen (Hannover, Göttingen) streben ein zweigliedriges Schulsystem aus Gymnasien und einer weiteren Schulform an.

In Braunschweig ist keine Strategie erkennbar. Vielmehr reagiert die Verwaltung ad hoc auf die Bewerber*innenzahlen, die bei Haupt- und Realschulen sinken, während sie bei Gesamtschulen und Gymnasien steigen. Mit 4.000 bzw. 9.000 Schüler*innen gehören diese inzwischen zu den am weitesten verbreiteten Schulformen in Braunschweig. Faktisch entwickelt sich also auch in Braunschweig ein Zwei-Säulen-Modell, das aber keiner Schulform nützt: Die „Gesamt“-Schulen werden entgegen ihres Konzepts auf eine ergänzende Funktion gegenüber dem Gymnasium reduziert. Die weitaus zahlreicheren Gymnasien wiederum werden zur eigentlichen Gesamtschule, verfügen jedoch weder über den erforderlichen schulorganisatorischen Spielraum, um dieser Rolle gerecht zu werden, noch über genügend Unterrichtsräume für die wachsende Zahl an Schüler*innen. Die Stadt richtet zwar entlegene Zweigstellen ein und plant mit vielen Jahren Verzögerung Millionen-Investitionen in Anbauten. Doch mit dieser

reaktiven und kostspieligen Politik verpasst sie die Chance, aktiv eine **moderne Bildungspolitik** zu gestalten.

Volt setzt sich dafür ein, **Gesamtschulen zu stärken** und weiter auszubauen. Die Gründung einer sechsten IGS begrüßen wir. Damit diese Schulform ihrem Anspruch gerecht werden kann, braucht sie Schüler*innen eines breiten Leistungsspektrums. Dazu wollen wir einzelne Gymnasien in Gesamtschulen umwandeln – ggf. mit einem Schwerpunkt auf Begabungsförderung. Mittelfristig sollen Gymnasien eine ergänzende Rolle gegenüber den Gesamtschulen einnehmen. Eine mittelfristig ebenfalls wichtige Alternative zur Gesamtschule bilden die Haupt- und Realschulen mit ihren spezifischen Schulprogrammen. Gerade die Grund- und Hauptschulen Rünigen und Pestalozzistraße machen es möglich, lange in einem gewohnten, stärker strukturierten Lernumfeld zu verbleiben, und kommen damit den Bedürfnissen bestimmter Schüler*innen besonders entgegen. Die Stadt muss stärkeren politischen Willen zeigen, sie zu erhalten.

Förderschulen sollen eine doppelte Rolle einnehmen: Einerseits bieten sie eine spezialisierte Lernumgebung für Kinder, deren Eltern dies wünschen. Andererseits unterstützen sie die Regelschulen als kompetente Begleiterinnen einer inklusiven Unterrichtsgestaltung und Schulentwicklung.

4.2.3 Eine Schule von Klasse 1 bis 10

Um die Selektion von Kindern auf ihrem Bildungsweg hinauszuzögern, wollen wir in Braunschweig eine Schule einrichten, in der Kinder von der 1. bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen. Eine Chance dazu hat der Rat 2019 vertan, als er es ablehnte, die geplante sechste IGS als eine integrierte Grund- und Gesamtschule einzurichten. Beim Neubau einer Grundschule wollen wir dagegen prüfen, ob eine Eingliederung in eine bestehende integrierte Gesamtschule in der Nähe möglich ist. Auch eine Fusion bestehender Schulen halten wir für denkbar, sofern die betroffenen Schulen einverstanden sind.

4.2.4 Lebenslanges Lernen

Volt versteht **Bildung als einen lebenslangen Prozess**, zu dem alle Bürger*innen einen unmittelbaren Zugang haben müssen. Lebenslanges Lernen muss jedem Menschen während seines gesamten beruflichen und privaten Lebens ohne Einschränkungen zugänglich sein. Dies bietet allen, unabhängig von ihrem Alter, wichtige Chancen. Wir brauchen die konstruktive Mitarbeit von allen, die etwas beizutragen haben. Sowohl im beruflichen Bereich als auch im privaten Bereich muss der Mensch jederzeit Zugang zu mehr Bildung haben. Der ständigen Weiterbildung im digitalen Bereich ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Volkshochschulen sollen hier einen wichtigen Beitrag leisten und insbesondere ihr **Angebot zu Medienkompetenzen erweitern**.

5

EINE GESELLSCHAFT DER SOZIALEN GLEICHBERECHTIGUNG

Ein zentraler Grundsatz der Europäischen Union ist die Überzeugung, dass allen Menschen gleiche Rechte und Chancen garantiert und die Menschenrechte geachtet, angewendet und aufrechterhalten werden müssen. Volt strebt eine Gesellschaft an, an der alle Menschen teilhaben können. Das bedeutet, dass jede Diskriminierung von Gruppen und Minderheiten beendet werden muss.

Die Gesellschaft der sozialen Gleichberechtigung, für die Volt eintritt, zeichnet sich dadurch aus, dass allen Gruppen und Minderheiten **Respekt und Akzeptanz** entgegengebracht wird und dass alle Menschen gleiche Chancen erhalten. Deshalb will Volt vor allem die Gleichberechtigung von Frauen, von Menschen verschiedener sexueller Orientierung, Identitäten und Familienmodellen, von Menschen unterschiedlicher ethnischer oder nationaler Zugehörigkeiten sowie von Anhänger*innen unterschiedlicher Religionen und Agnostiker*innen und Atheist*innen besser realisieren.

5.1 Integration und Inklusion

Migration und Integration bedingen sich gegenseitig und erfordern dieselbe Aufmerksamkeit. Grundlegende Bedingung für eine gelungene Integration und ein gutes und konstruktives Miteinander ist der **Dialog**: Miteinander reden schafft Transparenz und fördert Akzeptanz. Dafür müssen Möglichkeiten für Partizipation vorhanden sein und eine gemeinsame Sprache gesprochen werden. Grundlegend ist deswegen ein qualifiziertes Angebot von Deutschkursen, welches kontinuierlich erweitert werden muss.

Migration ist ein natürliches Bewegungsmuster, das seit Menschengedenken stattfindet: Migration gab es schon immer und wird es auch weiterhin geben. Fluchtursachen wie Kriege, Folgen der Klimakrise und Diskriminierung von Minderheiten müssen vor allem auf internationaler Ebene entgegengewirkt werden.

Die Migration aus selbstbestimmten Gründen, wie attraktive Jobangebote, familiäre Nähe oder schlicht Neugier auf andere Kulturen ist stets unterstützenswert.

5

EINE GESELLSCHAFT DER SOZIALEN GLEICHBERECHTIGUNG

Auf lokaler Ebene sehen wir die Verantwortung für **Inklusion der Neuangekommenen**. Das bedeutet: Jede*r gehört dazu. Es muss ein gemeinsames System für alle Menschen geben, ohne, dass jemand ausgegrenzt oder stigmatisiert wird. **Hier ist die Zusammenarbeit lokaler Organisationen, Behörden und Vereinen sowie Ehrenamtliche*r** besonders hervorzuheben und finanziell zu fördern. Für neu Ankommen-de ist es besonders wichtig, mit Behörden und

Verwaltungen zurechtzukommen. Deren Mitarbeitende brauchen daher regelmäßige Fortbildungen für Fremdsprachenkenntnisse und interkul-turelle Kompetenz.

Ein attraktives Angebot für Kindergartenplätze ist unabdinglich und soll für alle Kinder ab vier Jahren verfügbar sein. Wir setzen uns für kosten-freie Kinderbetreuung ein.

Gesellschaftliche Veränderung findet fortwährend statt und ist auch er-wünscht, solange die demokratischen Grundprinzipien unterstützt und nicht ausgehöhlt werden. Es ist förderlich, unterschiedliche Maßnahmen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen anzubieten.

Besonders stark müssen die neu angekommenen Kinder gefördert wer-den: Je früher die individuelle Förderung der Kinder stattfinden kann, desto besser.

Eine **Auszeichnung von Vereinen für Ihre Migrationsarbeit**, zum Bei-spiel durch einen Preis, der von dem Oberbürgermeister vergeben wird, ist auf der kommunalen Ebene besonders wichtig. Politische Teilhabe durch offene Bürger*innendialoge muss stärker gefördert werden. Als mögliche Umsetzungen sollen städtische Begegnungsstätten noch stär-ker unterstützt werden. Hierfür sollen Gelder des Europäischen Sozial-fonds vermehrt abgerufen werden. Durch so geschaffene **Begegnungs-stätten** kann auch ein diverses Innenstadtbild, in dem sich alle Menschen Braunschweigs wohlfühlen, gefördert werden. Hilfsangebote, insbe-sondere für junge neu angekommene Mütter, sollen gezielt begünstigt werden.

5

EINE GESELLSCHAFT DER SOZIALEN GLEICHBERECHTIGUNG

Wir legen den Fokus auf die uns alle verbindenden Elemente und nicht auf das, was uns trennt. Offener Dialog und Partizipation sind Grundlagen für eine gemeinsame Zukunftsgestaltung.

5.2 Antirassismus

Der Anti-Diskriminierungs-Ausschuss des Europarats hat Deutschland ermahnt und fordert weitaus mehr Maßnahmen gegen Rassismus. Wir begrüßen diese Rüge, denn Rassismus stellt eine existenzielle Gefahr für unser gemeinschaftliches Zusammenleben in Europa dar. Es muss mehr **Aufklärungsarbeit** in sämtlichen gesellschaftlich relevanten Institutionen wie Schulen, Universitäten, Unternehmen oder Vereinen geben.

Bei der Braunschweiger Polizei sollen **verpflichtende Kurse zur Prävention** des sogenannten Racial Profiling, bei dem Menschen auf Grundlage von Stereotypen und äußerlichen Merkmalen als verdächtig eingestuft und überprüft werden, stattfinden. Dies verstößt gegen das Gleichheitsgebot im Grundgesetz und bedeutet, dass in Braunschweig über ein Viertel der Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt wird. Ein derartiges, oft unbewusstes Verhalten, sorgt außerdem dafür, dass sich viele Opfer von diskriminierender oder rassistischer Gewalt nicht trauen, bei der Polizei Anzeige zu erstatten. Die Sicherheitsbehörden müssen gegen jegliche Formen von Rassismus energischer vorgehen. Rassistische Aktionen und Äußerungen sind keine harmlosen Kavaliersdelikte, sondern stellen in aller Regel ernstzunehmende Straftatbestände dar und verstoßen gegen die im Grundgesetz verankerten Grundrechte eines jeden Menschen.

Volt Braunschweig fordert die Einrichtung einer **unabhängigen Meldestelle** für Fälle von diskriminierender oder rassistischer Gewalt, um die Betroffenen bei der Anzeige solcher Taten zu unterstützen. Im Fall von Racial Profiling oder Fällen von Polizeigewalt ermittelt die Polizei gegen die Polizei selbst. Um die Gewaltenkontrolle im Rechtsstaat zu gewährleisten, fordern wir deshalb, eine unabhängige Meldestelle für die städtische Ordnungsbehörde zu schaffen.

5

EINE GESELLSCHAFT DER SOZIALEN GLEICHBERECHTIGUNG

Seit einigen Jahren steigt die Aktivität einer kleinen, aber gewaltbereiten Neonazi-Szene. In einzelnen Stadtvierteln versucht sie, die Straße zu erobern und Andersdenkende einzuschüchtern. Ziel ihrer Aktionen sind meistens Initiativen, Vereine, aber auch Einzelpersonen, die sich gegen Rechtsextremismus und für eine offene Gesellschaft einsetzen, und deren private Wohnhäuser. Solange die Neonazis keine tatsächlichen Straftaten begehen (z.B. Bedrohungen explizit aussprechen), können sich die Betroffenen nicht mit strafrechtlichen Mitteln wehren. Aber selbst wenn Rechtsextreme Straftaten begehen, bleiben die Ermittlungen meistens ergebnislos.

In den letzten Jahren wurden Büros und Treffpunkte von Aktivist*innen, Journalist*innen und Kommunalpolitiker*innen sowie die betroffenen Personen angegriffen oder mit dem Tode bedroht. Braunschweigs Neonazis wissen genau, wer sie im Blick hat und wem sie nachstellen. Es ist Zeit für ein Umdenken, um **entschlossen gegen rechte Strukturen** vorzugehen. Diese Aufgabe dürfen Stadtverwaltung und Polizei nicht der Zivilgesellschaft überlassen. Mit dem Bündnis gegen Rechts existiert bereits ein Netzwerk zur Beobachtung rechtsextremer und rassistischer Strukturen. Die Verwaltung soll in engem Austausch mit dem Bündnis und den angegliederten Organisationen eine Handlungsstrategie zur Eindämmung rechtsextremer Aktivitäten entwickeln.

Außerdem fordern wir auch in Braunschweig die schnellstmögliche Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplans des Netzwerks „**European Coalition of Cities Against Racism**“ (ECCAR):

1. Es bedarf einer größeren Wachsamkeit der Stadt gegenüber Rassismus, um Opfer hinreichend zu schützen.
2. Wir fordern, in allen Zuständigkeitsbereichen der Kommunen Daten und Informationen über Rassismus und Diskriminierung zu sammeln, um damit die Faktenlage deutlich zu verbessern. Hierfür regen wir eine Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen an, um die Daten und Informationen regelmäßig analysieren und eine Studie zur örtlichen Situation erstellen zu können.

5

EINE GESELLSCHAFT DER SOZIALEN GLEICHBERECHTIGUNG

3. Wir fordern eine bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung. Dafür werden wir örtliche Einrichtungen, die rechtliche, emotionale und psychologische Unterstützung für Betroffene anbieten, unterstützen.
4. Wir möchten den regelmäßig stattfindenden städtischen Foren gegen Rassismus, die in Zusammenarbeit mit bestehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen stattfinden, eine größere Öffentlichkeit verschaffen. Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis gegen Rechts ist eine Stärke unserer Stadt. Die Verwaltung soll es nach Kräften unterstützen.
5. Wir werden ein Zertifizierungsverfahren für lokale Firmen, Geschäfte und Vereine einrichten, die sich dem Antirassismus verschrieben haben und diesen in ihren Unternehmen auch durchsetzen. Damit soll außerdem eine Partnerschaft aufgebaut werden. Des Weiteren erwägen wir, mit dieser Partnerschaft eine wirtschaftliche Unterstützung diskriminierter Gemeinschaften zu initiieren.
6. Die Stadt verpflichtet sich weiterhin, als Arbeitgeberin und Dienstleisterin Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu gewährleisten und zu fördern.
7. Wir fordern aktive Schritte und eine Stärkung der Verwaltung gegen Wohnungsdiskriminierung innerhalb der Stadt. Auf dem Arbeitsmarkt gibt es bereits anonymisierte Bewerbungsverfahren; wir werden prüfen, ob sich dies auch auf dem Braunschweiger Wohnungsmarkt verwirklichen lässt. Daneben fördern wir gesetzliche Bestimmungen und Beratungsangebote von Antidiskriminierungsstellen gegen rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt.

5

EINE GESELLSCHAFT DER SOZIALEN GLEICHBERECHTIGUNG

8. Wir streben eine Stärkung der Maßnahmen gegen Diskriminierung im Bildungsbereich an. Dafür ist es wichtig, Bildungsworkshops in allen Stufen und Klassen der Schulen in Braunschweig möglich zu machen und auch Lehrmaterialien zur Verfügung zu stellen. Auch für Unternehmen und Vereine sollen Bildungsworkshops im Rahmen des oben genannten Zertifizierungsverfahrens bezuschusst werden.

9. Wir fordern eine regelmäßige Finanzierung von Kulturprojekten und Begegnungsstätten, welche die Vielfalt der Stadt widerspiegeln.

10. Wir fordern einen Mechanismus gegen Hasskriminalität. Dafür benötigen wir eine behördenübergreifende Gruppe kompetenter Expert*innen, die aus der Vertretung von Organisationen besteht, die potenziell an solchen Konflikten beteiligt sind (Polizei, Bildungssektor, Jugendarbeiter*innen, Sozialarbeiter*innen, Wissenschaft, zivile Organisationen, usw.). Diese Expert*innengruppe soll mit der Verantwortung für die lokale Koordination der Beratung und Analyse von bestimmten Konfliktsituationen betraut werden.

5.3 Internationaler Kulturaustausch

Volt Braunschweig strebt eine **verstärkte Vernetzung der Kulturszenen** der Partnerstädte Braunschweigs mit der unseren an. Hierfür müssen gemeinsam mit Künstler*innen und Initiativen ein Konzept erarbeitet und ein entsprechender Austausch mit Künstler*innen und Veranstaltungszentren der Partnerstädte, wie es sie schon zwischen Braunschweig und Kiryat Tivon gibt, initiiert werden. Dadurch kann ein kreativer Austausch über Landesgrenzen hinweg etabliert werden, von dem Kulturszenen in allen Partnerstädten profitieren können.

6

EINE INNOVATIVE WIRTSCHAFT

Volt Braunschweig ist überzeugt, dass eine nachhaltige Marktwirtschaft den größtmöglichen Wohlstand für alle schafft. Eine nachhaltige Marktwirtschaft ist frei, offen und gleichermaßen sozial und umweltgerecht. Sie erfordert ein funktionierendes Rechtssystem mit gleichen Bedingungen für alle. Sie zielt auch darauf ab, den ökologischen Fußabdruck unserer Stadt zu verkleinern. Volt will **kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stärken**, unsere **Wertschöpfung fair und sozial verteilen** und **innovative und ökologisch nachhaltige Geschäftsideen fördern**.

6.1 Start-Ups und Gründer*innenszene

6.1.1 Unterstützung von Start-Ups und KMU

In Braunschweig gibt es bereits gute Grundlagen für die Unterstützung von Gründer*innen: Der Technologiepark Braunschweig unterstützt und berät Bürger*innen in dem Aufbau ihrer Start-Ups. Allerdings sind die Handlungsmöglichkeiten des Technologieparks im Bezug auf finanzielle Unterstützung begrenzt. Volt Braunschweig fordert, dass der **Technologiepark zusätzliche Kompetenzen und finanzielle Mittel** zur Verteilung von Fördergeldern an vielversprechende Start-Ups erhält.

Eine weitere wichtige Grundlage sind erste Räumlichkeiten für die neuen Unternehmen. Dafür eignen sich besonders flexible Co-Working Spaces, von denen es auch bereits einige in Braunschweig gibt. Diese sind aber besonders für Start-Ups in der Gründungsphase oft noch zu teuer. Hier ist die Förderung von mehr günstigen Arbeitsplätzen eine geeignete Maßnahme, um diesen jungen Unternehmen einen Start in Braunschweig zu ermöglichen.

Ein weiteres Problem für Start-Ups in Braunschweig ist es, im kleinen Rahmen flexibel Produktionsflächen zu erwerben oder zu mieten. Volt Braunschweig schlägt deshalb vor, dass die Stadt leere Hallen erwirbt und diese gezielt als Teilflächen vermietet. Das erlaubt Unternehmen, in Braunschweig Fuß zu fassen und ermöglicht es ihnen, sich langfristig selber einen Standort in der Region zu schaffen.

In der **Verwaltung** muss es zusätzlich einen **Mentalitätswechsel** geben. Dabei soll die Verwaltung verstärkt mit Start-Ups und KMU arbeiten und sie in bürokratischen Prozessen unterstützen. Ein wichtiger Schritt ist die Etablierung einer Ansprechperson im Gewerbeamt, die zum Beispiel regelmäßige Sprechstunden für Bürger*innen, die gründen wollen, durchführt. Durch einen regelmäßigen Austausch zwischen Oberbürgermeister*in oder Wirtschaftsdezernat und bereits etablierten Start-Ups kann auch langfristig eine erfolgreiche Zukunft für die Braunschweiger Start-Up-Szene gesichert werden.

6.1.2 Start-Ups in der Wissenschaft

Die Region Braunschweig ist die forschungsintensivste Region der Europäischen Union. Das liegt auch an einer starken Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Diese Stärke gilt es auch für die **Etablierung innovativer Start-Ups** in Braunschweig zu nutzen. Deswegen will Volt Start-Ups, die aus wissenschaftlichen Forschungsprojekten hervorgehen, fördern. Eine große Hürde dafür stellen oft die hohen Kaufkosten der Patente dar, die in diesen Projekten erarbeitet wurden. Diese liegen in der Hand der Institutionen und müssten für eine hohe Erstinvestition aufgekauft werden, woran einige potenzielle Unternehmer*innen scheitern. Diese Patente werden dann an andere Unternehmen außerhalb von Braunschweig verkauft. Um diese Innovation in Braunschweig zu halten, fordert Volt die Unterstützung von Start-Ups durch die **Finanzierung des Ankaufs vielversprechender Patente** durch die Stadt. Außerdem soll die Stadt stärker als Vermittlerin zwischen Wissenschaft und Wirtschaft auftreten und Kooperationen fördern.

6.1.3 Braunschweig als Start-Up Hub

Braunschweig soll sich langfristig national und international als Start-Up Hub etablieren. hierfür benötigt es eine starke Vernetzung auch über Braunschweigs Grenzen hinaus. Volt Braunschweig unterstützt den Aufbau eines **europäischen Netzwerks von Gründungszentren**, die in beratender Funktion Start-Ups und KMU zur Seite stehen. Auch die bereits bestehenden Verbindungen mit Partnerstädten sollten in diesem

6 EINE INNOVATIVE WIRTSCHAFT

Zusammenhang genutzt und ausgebaut werden. Aber auch der Kontakt mit anderen Städten mit florierenden Start-Up-Szenen wie Kopenhagen oder Warschau soll aktiv gesucht werden. Hier sind gemeinsame Start-Up Conventions eine sehr geeignete Gelegenheit, um Best Practices auszutauschen, Innovation zu fördern und neue Partnerschaften zu etablieren. Diese Maßnahmen machen Braunschweig attraktiver für Gründer*innen und geben die Möglichkeit, auch externe Start-Ups für Braunschweig zu gewinnen.

6.2 Nachhaltige Gewerbegebiete

Um Braunschweig bis 2030 in eine klimaneutrale Stadt zu verwandeln, muss jeder Bereich der Gesellschaft mit einbezogen werden, auch die Unternehmen. Um diese Herausforderung anzugehen, müssen bestehende Gewerbegebiete in den kommenden Jahren in Richtung Klimaneutralität entwickelt werden. Neue Gewerbegebiete müssen durch die Ausgestaltung des Bebauungsplans oder durch städtebauliche Verträge so angelegt sein, dass Treibhausgasemissionen vermieden werden können.

Zur **grünen Transformation** von Gewerbegebieten kann die Stadt wertvolle Beiträge leisten. Grundsätzlich sollte ein integrierter Ansatz angestrebt werden: So sollten etwa der Anschluss der Gewerbegebiete an das ÖPNV-Netz sowie eine bestmögliche Erreichbarkeit zu Fuß oder per Rad gewährleistet sein. Taktung und Umsteigezeiten des ÖPNV können zur Rush Hour entsprechend angepasst werden. Sichere öffentliche Parkmöglichkeiten für Fahrräder von Unternehmer*innen, Mitarbeiter*innen und Kund*innen sowie Stellplätze samt Ladeinfrastruktur für E-Autos unterstützen den Einsatz nachhaltiger Mobilitätslösungen. Auch Maßnahmen wie Entsiegelung oder Begrünung können einen Beitrag dazu leisten, Braunschweigs Gewerbelandschaft nachhaltiger zu gestalten.

Neu geplante Gewerbegebiete bieten der Stadt die Chance, **innovative und nachhaltige Unternehmen** anzusiedeln. Mit der Technischen Universität und den beiden Fachhochschulen HBK und Ostfalia hat Braunschweig die Chance, junge technikbegeisterte und kreative Menschen und Unternehmer*innen aus Deutschland und der ganzen Welt anzuziehen.

6 EINE INNOVATIVE WIRTSCHAFT

Dieser Trumpf sollte nicht ungenutzt bleiben: Jungen Start-Ups mit nachhaltigen Unternehmenskonzepten müssen Entwicklungsräume eingerichtet werden, die es ihnen erlauben, ihre Ideen für eine bessere Zukunft, hier und überall auf der Welt, zu verwirklichen. Grüne Gewerbegebiete können so zu einem **Motor der Transformation** werden, der die regionale Wertschöpfung ankurbelt und die Stadt zu einem Aushängeschild für nachhaltigen Wandel macht.

6.3 Kreislaufwirtschaft

Volt steht für ein Wirtschaftssystem, das auf Langlebigkeit, Erneuerbarkeit und geringerem Bedarf an neuen Rohstoffen basiert. Dafür ist koordiniertes Handeln in Deutschland, Europa und global erforderlich, um die richtigen Rahmenbedingungen für alle Akteur*innen zu schaffen. Mit dem EU Circular Economy Plan von 2015 wurden erste Anfänge gemacht, auf denen wir hier auf kommunaler Ebene aufbauen und sie weiterentwickeln können. Die Kreislaufwirtschaft ist keine Belastung, sondern die Chance für neue Geschäftsmodelle, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.

Auf lokaler Ebene ergeben sich zahlreiche Handlungsoptionen, wie eine Kommune kreislaufwirtschaftliche Ansätze aktiv fördern kann. Volt Braunschweig fordert, dass die Stadt mit gutem Beispiel voran geht, über die bisherigen bundesgesetzlichen Regelungen hinaus Maßnahmen zur Etablierung einer **konsequenter Kreislaufwirtschaft** trifft und aktiv fördert. Dazu gehören unter anderem die folgenden Ansätze:

Information der Braunschweiger Bürger*innen, um für konsequente Mülltrennung und ein umweltfreundliches Verhalten zu werben. Das Bewusstsein der Bürger*innen muss hinsichtlich Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft gefördert werden. Alle Braunschweiger*innen sollen dazu aufgerufen werden, Aktionen vor Ort selbst mit zu gestalten. Bereits in Schulen soll durch Zusatzangebote das Leitbild nachhaltigen und verantwortlichen Konsums vermittelt werden.

6 EINE INNOVATIVE WIRTSCHAFT

In öffentlichen Ausschreibungen sollen im Sinne der Kreislaufwirtschaft nachhaltige Produkte und Verfahren ausdrücklich bevorzugt werden. Außerdem sollen lokale Projekte und Initiativen zur Kreislaufwirtschaft gefördert werden.

In den Entsorgungsbetrieben soll alles daran gesetzt werden, **Kreisläufe zu schließen**, um den Anteil des in die Verbrennung gehenden Restmülls zu reduzieren. Hierzu gehören auch das konsequente Angebot für Bioabfallsammlung, auch im öffentlichen Raum, sowie die Reduzierung des Abfalls bei Veranstaltungen und in der Verwaltung. Ein besonders großes Potenzial besteht bei der **Abfallvermeidung** durch die Umstellung zu einer **digitalen, papierlosen Verwaltung**.

Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung zur Verfolgung und Inventarisierung von Ressourcen. Die Möglichkeiten zur Umsetzung kreislaufwirtschaftlicher Maßnahmen muss stadtweit analysiert werden. Dabei müssen die verschiedenen Stoffströme sowie die Vorteile einer werterhaltenden Nutzung der Materialien identifiziert werden.

Mithilfe der besseren Kenntnis über die Stoffströme und mögliche Maßnahmen können messbare Zielsetzungen erfolgen. Die Stadt Braunschweig braucht einen **Fahrplan Kreislaufwirtschaft**, der als lokales strategisches Rahmenwerk dafür sorgt, dass alle kommunalen Akteur*innen gemeinsam und zielgerichtet auf eine umfassende zirkuläre Wertschöpfung hinarbeiten. Amsterdam und Utrecht nutzen bereits ganzheitliche Konzepte, die über mehrere Sektoren hinweg erfolgreich zum Einsatz kommen. Die Initiative Zero Waste Cities¹² bietet eine europäische Plattform zum Austausch über die Reduzierung des Abfalls in einer Stadt. Auch Braunschweig soll langfristig eine Stadt ohne Abfälle werden.

¹² Vgl. <https://zerowastecities.eu/>

7 EINE EUROPÄISCHE KOMMUNE

Volt steht für eine **föderale Europäische Union**. Europäische Politik soll auch auf Bundes-, Landes- und besonders Kommunalebene mitgedacht und miterlebt werden. Hierfür ist ein Auseinandersetzen mit Europa ebenso wichtig wie mit Land, Stadt und Region. Denn Europa ist längst in Braunschweig angekommen. Bereits jetzt sind viele Projekte in Braunschweig von der EU gefördert und beeinflussen unser unmittelbares Umfeld. **Braunschweig liegt im Herzen Europas!** Städte wie Kopenhagen, Amsterdam, Brüssel und Prag sind uns geographisch viel näher als München. Diese Tatsachen sollen im Leben und im Alltag der Braunschweiger*innen einen höheren Stellenwert finden, um das europäische Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

7.1 Ein europäisches Braunschweig

Europa ist nicht nur ein abstraktes politisches Objekt. Es ist die Gemeinschaft, in der wir leben, und ein ständiger Teil unseres Alltags. Deswegen soll die **EU** für Braunschweiger*innen **erlebbarer** werden. Junge Menschen sollen durch Jugendbegegnungen und Angebote wie Interrail-Tickets die Möglichkeit erhalten, eigene Erfahrungen mit und in Europa zu sammeln. Gleichzeitig soll es auch in Braunschweig durch EU-Ferien-camps und ein regelmäßiges Europa-Fest jeder und jedem möglich sein, neue Eindrücke von unserem Kontinent zu gewinnen. Dadurch können auch bestehende Vorurteile abgebaut und die Entstehung neuer verhindert werden.

Best Practice: Augsburger EU-Stadtführung

In Augsburg gibt es eine EU-Stadtführung. Dabei wird den Bürger*innen an verschiedenen Stationen beispielhaft gezeigt, welche (manchmal unauffälligen) Auswirkungen die EU auf unseren Alltag hat.

7.1.1 Europa mit Interrail erlebbar machen

Mit einem Interrail-Ticket ist es möglich, für einen gewissen Zeitraum beliebig viele Zugfahrten bei Bahnunternehmen in ganz Europa zu machen und so den gesamten Kontinent zu bereisen. Nach dem Vorbild der Initiative „DiscoverEU“ der EU-Kommission soll die Stadt Braunschweig

7 EINE EUROPÄISCHE KOMMUNE

ein Kontingent von **Interrail-Tickets verlosen**, für das sich alle 18-jährigen Braunschweiger*innen bewerben können. Dadurch erhöhen wir die Bekanntheit des Interrail-Tickets und ermöglichen es Jugendlichen, Europa günstig und umweltfreundlich zu erkunden. 2020 kamen in ganz Deutschland auf 3.368 zur Verfügung gestellte Tickets über 10.000 Bewerbungen.

7.1.2 Feriencamps für Europäer*innen und Europäische Freiwilligendienste

Volt fordert die Stadt Frankfurt dazu auf, europäische Feriencamps anzubieten (sog. „Workcamps“). Für ein solches Camp schreibt die Kommune ein lokales Projekt aus, beispielsweise das Anlegen eines städtischen Kleingartens oder die Begrünung eines Straßenzuges. Zur Teilnahme daran melden sich Freiwillige, meistens Jugendliche und junge Erwachsene. Diese stammen zum Teil aus Braunschweig, sollen zu einem großen Teil aber aus anderen europäischen Ländern stammen. Für die Teilnehmenden wird Verpflegung und Unterkunft von der Kommune gestellt. Während ein solches lokales Projekt kostengünstig umgesetzt werden kann, erleben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unvergessliche Ferien und knüpfen **länderübergreifende Freundschaften**. Internationale Feriencamps sind daher ein Win-Win für alle.¹³

Aus denselben Motiven wollen wir den Europäischen Freiwilligendiensten und dem Europäischen Solidaritätskorps in Braunschweig mehr Sichtbarkeit verschaffen. Ähnlich wie bei den deutschen Freiwilligendiensten (Freiwilliges Soziales Jahr, etc.) verpflichten sich hier junge Europäer*innen für ein Jahr zur Arbeit in einer sozialen Einrichtung. Dadurch können sie in jungen Jahren **Erfahrungen im europäischen Ausland** sammeln.

¹³ Weitere Infos auf der Seite der IJGD. Die IJGD koordinieren die Workcamps in Deutschland und organisieren die Teilnehmenden.

7 EINE EUROPÄISCHE KOMMUNE

7.1.3 Europäische und internationale Jugendbegegnungen ausbauen

Jede*r Jugendliche in in Braunschweig soll die Gelegenheit erhalten, an einer geförderten internationalen Jugendbegegnung teilzunehmen.

Bereits jetzt organisiert der Fachbereich Kinder, Jugend und Familien **regelmäßige Begegnungsfahrten** nach Russland, Israel und in die USA mit Gegenbesuch einer Partnergruppe. Dieses Angebot wollen wir ausbauen und auch andere Partnerstädte Braunschweigs, wie Bath oder Nimes, mit einbeziehen. Der Fachbereich soll außerdem eine koordinierende Rolle zwischen allen schulischen und außerschulischen Akteur*innen einnehmen, die internationale Jugendbegegnungen veranstalten. Er soll Kooperationen anstoßen, Synergien stiften und den Aufbau neuer europäischer und internationaler Partnerschaften erleichtern.

Zudem wird sich Volt auf Landesebene dafür einsetzen, **Schüler*innenaustausche zu erleichtern**. Lehrkräfte sollen entlastet werden, wenn sie internationale Jugendbegegnungen organisieren, und die regionalen Landesämter für Schule und Bildung sollen aus einem breiten Netzwerk heraus Schulen maßgeschneiderte, EU-finanzierte Schüler*innenaustausche anbieten können.

7.1.4 Wahlinformationen in verschiedenen Sprachen

EU-Bürger*innen dürfen in Deutschland bei Kommunalwahlen und bei Europawahlen wählen, auch wenn sie keine deutschen Staatsbürger*innen sind. Stadt und Region müssen daher Informationen zur Wahl auch in anderen Sprachen als Deutsch anbieten (z.B. Englisch, Polnisch, Rumänisch, Italienisch usw.), damit wirklich alle Wahlberechtigten ihr Wahlrecht auch effektiv wahrnehmen können. Dies umfasst Informationen zu Datum, Ablauf und Bedeutung der jeweiligen Wahl.

7.1.5 Europa-Fest

Volt will den Braunschweiger*innen Europa durch eine jährlich stattfindende Veranstaltung (Europa-Fest an einem festzusetzenden Europa-Tag oder als Höhepunkt einer Europa-Woche) näher bringen und

7 EINE EUROPÄISCHE KOMMUNE

dadurch **Europa erlebbar machen**.

Für ein solches Europa-Fest soll jedes Jahr ein wechselndes **Partnerland** Sonderveranstaltungen anbieten. Die Wahl des Partnerlandes kann sich zunächst daran orientieren, aus welchen Ländern besonders viele Bürger*innen in Braunschweig leben. Das sind an erster Stelle Polen, an zweiter Stelle Italien. Auch eine Zusammenarbeit mit den beiden europäischen Partnerstädten Braunschweigs, Nimes und Bath, bietet sich an. Später sind auch andere Länder zu berücksichtigen.

Für das Europa-Fest wird ein Thema oder Motto gewählt, das zum Beispiel an die Oberthemen Umwelt, Sport oder Ernährung anknüpft. Neben Infoständen über die EU und ihre Institutionen sollen international ausgerichtete Veranstaltungen mit Unterhaltungscharakter stattfinden (Musik, Theater, Sport o.ä.). Auch sind Podiumsdiskussionen mit Vertreter*innen aus Politik, Gesellschaft oder Wirtschaft wünschenswert. Zur Finanzierung wollen wir regionale Sponsoren gewinnen, zum Beispiel hiesige sowie mittelständische Unternehmen und Start-Ups mit Bezug zu Europa.

7.2 Kommunale Zusammenarbeit in Europa

Die Kommunal- und Europapolitik stehen in enger Verbindung zueinander. Derzeitige politische Herausforderungen wie der Klimawandel und die Corona-Pandemie erfordern **gemeinschaftliche Lösungen**, die nur auf europäischer Ebene erreicht werden können.

Volt Braunschweig versteht unsere Stadt als **aktives Mitglied der europäischen Gemeinschaft**. Wir wollen daher bestehende Städtepartnerschaften als Basis für Lösungen gemeinsamer Herausforderungen nutzen. Volt fordert den Ausbau und die Intensivierung der Zusammenarbeit in europäischen Netzwerken wie den Eurocities, die eine optimale Möglichkeit für den Austausch von Best Practices für kommunale Herausforderungen darstellen.

7.2.1 Europäische und internationale Städtepartnerschaften

Durch Städtepartnerschaften können Kommunen ein starkes Netz der Verbundenheit quer über den Kontinent und darüber hinaus spannen. Braunschweig hat bereits mehrere europäische und internationale Partnerstädte, mit denen auf verschiedenen Ebenen ein intensiver Austausch gepflegt wird. Dazu gehören zum Beispiel die Jugendbegegnungen mit Kiryat Tivon, Kasan, Omaha und Zhuhai, sowie weiteren Aktivitäten wie Austausche in der Kunstszene und Bürger*innenreisen.

Volt Braunschweig will diese bestehenden Städtepartnerschaften vertiefen und den Austausch auf vielen verschiedenen Ebenen auf eine solide Grundlage stellen. Die Städtepartnerschaften sollen einen Beitrag zum gegenseitigen Austausch und Verständnis leisten und Synergieeffekte für die Lösung politischer Herausforderungen in Braunschweig ermöglichen. Ein Austausch über die Corona-Maßnahmen mit der Partnerstadt Bandung und die Zusammenarbeit der Technischen Universität Braunschweig mit der Universität Sousse zur Verbesserung der Wasserqualität im Fluss Hamdoun zeigt, dass es Interesse an solchen Zusammenarbeiten gibt – und diese echten Mehrwert bieten. Auch mit anderen Partnerstädten sollen solche Projekte angestrebt werden.

Für eine derartige Vertiefung der Städtepartnerschaften ist ein Einsatz von zwei Seiten notwendig. Zum einen braucht es aus der kommunalen Politik eine **langfristige Absicherung der Partnerschaft** durch Unterstützung aus der Verwaltung. Aufgaben müssen in der Verwaltung klar verteilt sein und allzu häufige personelle Änderungen müssen vermieden werden. Gleichzeitig ist die **Beteiligung von Bürger*innen** in diesem Prozess unbedingt notwendig. Die Partnerschaften florieren am stärksten durch persönliche Kontakte, die zum Beispiel durch gegenseitige Besuche von Sportmannschaften, Vereinen oder Schulklassen entstehen können. Auch eine Vernetzung der Kunst- und Kulturszenen fördert den zwischenmenschlichen Austausch ebenso wie gemeinsame Wissenschaftsprojekte. Eine weitere Maßnahme ist der Einsatz von Städtebotschafter*innen, wie es sie zum Beispiel in Osnabrück gibt. Diese gewinnen

7 EINE EUROPÄISCHE KOMMUNE

einen besonderen Einblick in die Partnerstädte und stärken mit ihren Erfahrungen den Zusammenhalt zwischen den Bewohner*innen.

Damit diese Zusammenarbeit auch wahr- und angenommen wird, ist es wichtig, dass sie offen kommuniziert wird. Die Jahresrückblicke der Stadt Braunschweig informieren bereits über gemeinsame Projekte, allerdings informieren sie nicht über die aktuelle Entwicklungen und wichtige Ereignisse in den Partnerstädten. Volt Braunschweig setzt sich dafür ein, dass solche Berichte öfter veröffentlicht werden und zusätzliche Informationen zu den Partnerstädten enthalten, um ein verstärktes **gegenseitiges Verständnis** zu entwickeln.

Best Practice: Osnabrück

In fünf ihrer Partnerstädte hat die Stadt Osnabrück Städtebotschafter*innen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren entsandt, umgekehrt kommen aus diesen Städten auch Botschafter*innen nach Osnabrück. Für ein Jahr leben die Botschafter*innen in der jeweils anderen Stadt und gestalten dabei die Partnerschaft aktiv mit.

7.2.2 Eurocities

Unter dem gemeinsamen Dach der sogenannten Eurocities haben sich 190 Kommunen in Europa zusammengeschlossen. Eurocities dient der **Zusammenarbeit** bei großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Dazu zählen unter anderem die Förderung von Nachhaltigkeit, Innovation und Inklusion. Hier werden gemeinsame Arbeitsgruppen zu Einzelthemen gebildet, Positionen erarbeitet und Events veranstaltet.

In Niedersachsen ist derzeit Hannover als einzige Stadt Mitglied der Eurocities. Volt Braunschweig fordert, dass Braunschweig sich ebenfalls bei Eurocities als vollständiges Mitglied bewirbt. Die Mitgliedschaft soll aktiv dazu genutzt werden, um im Verbund mit anderen Kommunen nach **Lösungen für gemeinsame Probleme** zu suchen und die Interessen unserer Bürger*innen auch in Europa zu vertreten.

NACHWORT

Erstarkender Nationalismus beschränkt die politische Denkweise auf nationales Handeln und gefährdet die europäische Einigung.

Wir brauchen mehr miteinander statt nebeneinander.

Wir brauchen mehr füreinander statt gegeneinander.

Wir brauchen mehr Europa – damit sich unsere Geschichte nicht wiederholt.



Volt



@voltDeutschland